

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Hand".

Schalter-Saale geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

"Tagblatt-Hand" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einzelner Spalte; 20 Pf. für den abweichenden Schauspielkatalog, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Zeitungen; 3 M. für auswärtige Zeitungen. ganze halbe, viertel und vierzig Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in tiefen Spaltenräumen aufwiederholbar.

Besitz-Preis für beide Ausgaben: 25 Pf. monatlich, 90.- jährlich durch den Verlag Beliebt. — Besitz-Bezüglichungen nehmen anderweitig entgegen in Wiesbaden die Zweigstelle Bürgestell und in allen Teilen der Stadt, in Beziehung die vorherigen Ausgaben und in den benachbarten Landorten und im Rheinland die bestehenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr

Zeitung für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Lichten 5788. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgekennzeichneten Tagen und Stellen wird eine Gebühr übernommen.

Dienstag, 23. Dezember 1913.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 597. • 61. Jahrgang.

Der Geburtenrückgang eine bedenkliche Niedergangserscheinung.

Ein Artikel des Herrn Prehn v. Dewitz über den „Geburtenrückgang als Kulturercheinung“, der kürzlich durch die Presse ging, kann nicht unwiderrührbar bleiben. Der Verfasser will den Geburtenrückgang als eine völlig „ungefährliche“, „natürliche“ Begleitererscheinung der Kultur und Zivilisation „anzeigen“, wobei er sich einerseits auf die sogenannte „Wohlstandstheorie“ des Münchener Volkswirtschaftlers L. Brentano und andererseits auf die Schrift des Neuwaldbauer Dr. Rohleder: „Geburtenrückgang — eine Kulturstellung“ beruft. Er erklärt dabei rückwärts eine ernsthafte Beurteilung dieser Erscheinung für „Geschriebel unverantwortlicher Skribenten“, für „schwarzseitlicher Pessimismus und für ein Phantom, das die Wirklichkeit schweift.“

Selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Prehn von Dewitz uns diesen Unglücksstab zuzählt, halten wir gerade in einer so tief einschneidenden Frage leichtfertigen Optimismus für besonders gefährlich und es scheint uns geraten, da der Wagen immer rascher bergab als bergan geht, beizutreten vorzuforschen. Wir teilen dabei die Ansicht des Schreibers jenes Artikels, daß nämlich „die Öffentlichkeit ein Recht darauf habe, die ungeeigneten Tatsachen zu hören“. Aber gerade die Wirklichkeit muß für jeden, der sie nachdenkt und vorurteilsfrei betrachtet, ein Anlaß zu ernster Bedenken werden. Wie sieht sie aus?

Grundlegend ist jedenfalls die unbestrittene Tatsache, daß die Zahl der Geburten, je auf 1000 Menschen berechnet, bei uns in Deutschland von rund 43 im Jahre 1876 mit unheimlicher Regelmäßigkeit auf rund 29 im Jahre 1912 gesunken ist. Richtig ist, daß der Rückgang der Geburten seit etwa 40 Jahren eine internationale Erscheinung ist. Aber es gibt doch sehr zu denken, daß dieser Rückgang in den letzten Jahren bei uns in Deutschland, die wir im Vergleich zu anderen Staaten günstig standen, am schärfsten von allen Großmärkten, auch schärfster als in Frankreich sich vollzogen hat. Was sich in Frankreich über 80 Jahre verteilt hat, das werden wir, wenn es im jetzigen Tempo abwärts geht, bereits in 10 Jahren erreicht haben.

Richtig ist ferner, daß trotz dieses Geburtenrückgangs sich keinerlei Volkszahl vermehrt hat und zwar darf der geringere Sterblichkeit. Mit Freude dürfen wir feststellen, daß bei uns infolge der erfolgreichen Bekämpfung ansteckender Krankheiten, besonders der Tuberkulose, infolge besserer Säuglingspflege, infolge des Ausbaus der Arbeitersfürsorge und der Wohnungsreform und anderer sozialer und hygienischer Errungenchaften die Sterblichkeit in den letzten 30 Jahren, wieder auf 1000 Einwohner berechnet, von 33 auf 17, also fast auf die Hälfte zurückgegangen, und eben dadurch die durchschnittliche Lebensdauer, besonders der Frauen, ganz beträchtlich in die Höhe gegangen ist, nämlich um beinahe 10 Jahre. Wenn jener Artikel aber behauptet, ein wirklicher Rückgang der Bevölkerungsziffer sei „bis jetzt bei keinem Kulturstadt festzustellen“, auch nicht, bei dem so oft und fälschlich

angeführten französischen Volk“, so überzeugt er, daß Frankreich im Jahre 1911 schon zum 7. Mal in den letzten Jahrzehnten mehr Todesfälle als Geburten gehabt hat, also in diesen Jahren zurückgegangen ist. Und auch bei uns darf nicht vergessen werden, daß der Überschuss der Geburten über die Sterbefälle rapid abnimmt, nämlich in den letzten 5 Jahren, die auffallenderweise in der Statistik des genannten Artikels fehlen, um 33% Proz. in Preußen allein im Jahre 1911 um 90 000 Menschen. Sobald es aber nicht mehr möglich sein wird, die Sterbeziffer herunterzudrücken und eben damit das Durchschnittsalter zu erhöhen — und daß das seine natürliche Grenze hat, sieht jeder ein — sobald nun der Rückgang der Geburten mit katastrophischer Gewalt auf das ganze Staatswesen wirken.

Bei Unterjuchung der Gründe des Geburtenrückgangs beschränkt sich der Verfasser auf den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt, und zwar schließt er sich hier — wie schon erwähnt — der jungen „Wohlstandstheorie“ an. Brentano glaubt nämlich ein „Geleb“ gefunden zu haben, das man kurzweg auf die Formel bringen kann: „Je größer der Wohlstand, desto kleiner die Kinderzahl.“ Der Wohlstand soll also die Hauptursache des Geburtenrückgangs sein. Sollte man nicht viel eher denken, dies sei die Tendenz, wenn man sich auf den volkswirtschaftlichen Standpunkt beschränken will? In Wirklichkeit verwechselt jene Theorie die Ursache und die Wirkung. Nicht weil man reich ist, bekommt man weniger Kinder, sondern weil man weniger Kinder bekommt, wird man reicher. Der wahre Grund ist also nicht ein äußerer volkswirtschaftlicher, sondern ein innerlicher, sittlicher, er liegt in dem Willen. Weil man reich werden will, verbüttet man die Kindervermeidung. Eine weitverbreitete Erfahrung des Besitzes ist also jedenfalls eine der Wurzeln jener Erscheinung. Unzähligen unserer Volksgruppen gelten Söhnen mehr als Personen. Wir sind zu klug, zu berechnend geworden, unsere Technik bat uns gelehrt, die Natur zu überlisten, anstatt sie zu achten. Aber das ist eine Klugheit zum Tode. Wäre wären wir, wenn unsere braven Alten so dummkopfig gewesen wären? Raumann sagt treffend: „Solange ich selber jung seid, seid ihr auch selbst genug, später aber, wenn ihr älter werdet, wird es leer um euch herum sein.“ Es ist eine kurzsichtige, blöde Geschäftigkeit. Gewiß man kann mehr verdienen und mehr verbrauchen, wenn dem ersten Kind kein weiteres nachfolgt. Gegen diese Rechnung lädt sie nichts einzuwenden“, fährt Raumann fort. „Sie ist richtig! Nur die Menschen, die solche Rechnungen machen, taugen nichts.“ Statt des vielbeherrschten augenblicklichen Wohlstands, der für viele ein Versucher zu einem weichlichen und genüßlichen Leben wird, brauchen wir etwas von dem derben alten Geist, der noch Pflichten und Opfer kannte, von neuem unmodernen Glauben, daß Kinder eine Gabe Gottes und ihre künftige Verhütung ein freuler Eingriff in die Rechte des Schöpfers ist, von der Freude an dem großen runden Familientisch, um den die Kinder sich am Abend bei Hausaufgaben und Spiel um das Elternpaar sich versammeln und von dem ein erziehender und bewußtender Einfluss bis ins Alter hinein ausgeht.

bäuerlich gekleideter, anscheinend auf dem Felde arbeitender Frankfurters angegriffen, die, weiß Gott woher, blitzschnell Gewehr und Munition hatten und tüchtig auf uns feuerten. Die Übermacht hätte für unseren kleinen Haufen gefährlich werden können; trotzdem wurde der Angriff glücklich abgeschlagen. Todmüde, zum Sterben hungrig, zitternd vor Erregung und grimmiger Stärke erreichten wir bei elbabrechender Dunkelheit das Lager. Hüben und drüben schwiegen die Geschüsse, ein Stern stand über dem zerstörten Kirchturm des Dorfes, in dem wir lagen: der Stern von Bethlehem! Ein verdrossener Grimm, gemischt mit Wehmheit und Schmerz, bemächtigte sich meiner; ich warf mich in meinen Mantel gewickelt auf meinen Strohsack und meine Gedanken gingen in die Heimat zurück: ins Vaterhaus, in die Kindheit, die doch noch nicht allzu lange hinter mir lag. Die Reihe der Weihnachtsfeiern zog an mir vorüber — vor meinem inneren Auge stieg das Lebte auf, so ahnunglos froh im Kreise der Kameraden verlebt. Wie manchen Gedanken der Rosen. Heute war wieder einer gefallen, ruhlos von einer Frankfurter Kugel hinterübers getroffen. Der lag nun draußen im Frost und feierte Weihnacht mit nullen Gesicht. Und morgen... wer weiß? Nach kurzem Schlaf wachte ich des Besetzes mit einer Patrouille des Balduins, den Schauplatz des gestrigen Gefechts, abzusuchen, um die Leiche des Gefallenen zu bergen. Mit Sonnenaufgang brachten wir auf — vom Feinde war weit und breit nichts zu sehen, dagegen ließen wir bald auf die Leiche des Kameraden; ich ließ eine Tragahre machen, dann traten wir mit der traurigen Last den recht schwierigen Rückweg an. Nachdem wir ihn an geweihte Stätte zur Ruhe gelegt — es war inzwischen Abend geworden —, ließ uns der Oberst zur Weihnachtsfeier in sein Quartier einzuladen. Die Mannschaften feierten gleichfalls in einem anderen Lokal.

Wenn es wahr ist, daß der „Geburtenrückgang eine Kulturercheinung“ ist — man denkt übrigens auch an die Indianer in den Prärien und Wäldern Amerikas, die auf niederer Kulturstufe stehen und doch aussterben — so muß eben etwas faul sein an unserer zweitelflos hochentwickelten Kultur und Zivilisation. Und wer etwas hinter die Kulissen sieht, der nimmt in unserm heutigen Volksleben eine weitverbreitete sittliche Fäulnis, eine Entartung des Geschlechtslebens wahr, die sich zwar im allgemeinen im verborgenen hält, aber doch in einzelnen Erscheinungen unzweideutig zutage tritt. Man denkt nur an den Strom von Gift und Schmutz in Wort und Bild, in Schuhliteratur und einer gewissen Sorte von Kinos und Wiggblättern, die sich von den Großstädten aus bis in die entlegensten Dörfer wälzt. Ferner ist die in erschreckender Weise zunehmende Vernichtung des feindlichen Lebens ein Zeichen einer beflaggenswerten Entartung. Auch die unaufhörliche, oft jeder Scham entbehrende Hervorzung des Sexualen muß das gesunde Triebleben abstimpen und zu immer neuen, raffinierteren Reizen treiben. Mag noch mancher andere Grund in diese komplizierte Erscheinung des Geburtenrückgangs hineinspielen, wie der Wunsch, den Kindern den Besitz ungewollt zu hinterlassen, sie auf eine höhere soziale Stufe zu heben, so wird doch die sittliche Entartung weiter Volksfreizeit neben jener erstgenannten Ursache (der Überhäufung des Geldes) die zweite Hauptursache dieses Krebschadens sein.

Helfen kann nur ein Wiederaufruhen gefunden in sittlicher Grundlage. Gewiß, der Staat und die Gemeinden können und müssen mit kleinen Mitteln nachhelfen, wie Steuernachlässen, wachsenden Zulagen und Erziehungsbihilfen. Beschränkung des Handels mit gewissen Mitteln u. a. Aber eine sichere und dauernde Rettung vor dem langsamem, aber sicherem Sterben unsres Volkes liegt nur in dem Geist der Zucht und sittlichen Verantwortlichkeit. Das haben übereinstimmend zahlreiche Gelehrte und Politiker der verschiedensten Haltung in freimütigen Worten zugestanden. Jedenfalls hat D. Raumann recht, wenn er schreibt: „Vor einer Art von Beratern hütet euch: vor den lauen Tröstern, die zu euch sagen, daß das alles jetzt noch nicht schlimm und dringend sei. Wenn wir warten, bis wir in dieser Sache Franzosen geworden sind, dann ist es zu spät. Die Überwindung der schlechten Krankheit kann, wenn überhaupt, nur in den Anfängen erfolgen, solange noch eine lebendige Erinnerung an gute Elternhäuser vorhanden ist. Später helfen alle Klageleider, Aufrüttungen und Prämien nichts mehr. Die Franzosen mögen machen, was sie wollen, es wird zu spät sein, sie werden keinen neuen Aufschwung erleben. Ihr Beispiel soll uns warnen. Auch bei ihnen hieß es immer, die Sache sei gar nicht so schlimm, man solle nicht übertrieben, solle Ruhe halten. So tröstete man sich in die Kraftlosigkeit herein.“ „Irgend wann wird jedes Volk alt. Es scheint uns aber, als ob die Deutschen zu schnell und zuzeitig damit anfangen wollten.“ Wir befinden uns in einem kritischen Augenblick; wenn wir diese Zeit der moralischen Entscheidung verfehlten, so ist unser deutscher Weltgeschichtstag vorbei.

Weihnachten im Feld 1870.

Aus meinem Leutnanten-Tagebuch.

Von Oberleutnant a. D. Neise.

Nei war gefallen. Der von uns gezahlte Preis war hoch, aber doch nicht zu hoch: Die letzte der französischen Armeen, welche zu Beginn des Krieges von Frankreich aufgestellt worden, war vernichtet; dafür waren 7½ deutsche Corps zu weiteren Unternehmungen frei geworden. Unsere Hoffnung auf einen nun beginnenden frischen Bewegungskrieg wurde leider nicht erfüllt; denn 7. Corps wurde die Ausgabe, die kleinen Forts im Norden Frankreichs, Thionville, Longwy, Montmédy, Mezières zu beobachten. Es fanden also fast täglich von der nicht auf Vorposten befindlichen Truppe Erkundungsgefechte statt, so am 21. Dezember gegen Rouzon an der Maas. Wir stießen aber auf so starke Räsen, das wir an diesem Tage den Frieden, die Bahn und Brücke zu zerstören, nicht erreichten. Thionville hatte noch kurzer Beschiebung kapituliert. Es folgte die Beobachtung von Longwy, und am 19. Dezember trafen wir vor Mezières ein, das sich dann am 1. Januar 1871 ergab. Aber unsere Weihnachtstage lasse ich mein damals täglich geführtes Tagebuch sprechen. Ungetrübt und idyllisch verließ das Feit nicht, da wir unter den Kanonen der Festung die französischen Vorposten vor uns halten, und hinter uns die Gegend voller Frankfurters stand.

Feuer vorn! Feuer im Laden! Hätte und nicht der schwungvige, durchdringende Kalender in der Briefstube angezeigt, daß Weihnachten herannah, wir hätten schwerlich an „Frieden auf Erden“ gedacht. Am Nachmittag des 21. wurden wir auf einem Erkundungsrückzug plötzlich von einem starken Trupp

zubrach, ich war wenig in der Stimmung, Feiern; die Eindrücke der letzten Tage waren zu heftig gewesen, dennoch mußte ich mit bewegtem Herzen dem gutge-meinten Ruf folgen. Der Oberst wohnte in der Mairie.

Um 8 Uhr versammelten wir Offiziere uns dort. Bald erkönte im Nebenzimmer die Klingel — ganz wie zu Hause — die Türen öffneten sich und vor uns erschien der liebe heimliche Tannenbaum, geschmückt mit Bäckern und Seidenfaden für uns. Zu gleicher Zeit erklang draußen das Weihnachtslied: „O du fröhliche, o du fröhliche, gnadenbringende Weihnachtszeit“ von den Sängern einer unserer Kompanien. Ich habe wohl kaum je eine erregendere Weihnachtsfeier erlebt. Wir öffneten die Fenster. Man mußte sie sehen, diese prächtigen, in so vielen Schlachten und Gefechten erprobten Gestalten, und es hören, mit welcher kindlichen Inbrust sie das alte Weihnachtslied sangen; und morgen? „Ich wie bald schwundet Schönheit und Gestalt!“ Natürlich hatte der liebenswürdige Kommandeur auch seine Quartierwirte geladen, ebenso sammelte sich sehr bald vor dem Hause die übrige Einwohnerschaft, auch der Geistliche erschien. So etwas hatten ja alle noch nie erlebt. Sicher dachten sie, ja sprachen es auch aus: Sind das die deutschen Barbaren? Das hätten sie nicht für möglich gehalten! Die Stimmung war bei uns allen natürlich eine recht wehmütige. Wie mochte es zu Hause jetzt aussehen? Werden wir wohl noch mal zurückkommen? Unser liebenswürdiger Gottgebet verhinderte es aber doch, uns recht bald in eine frohe Stimmung zu bringen, die noch durch eine kräftige Buntshowe gehoben wurde. Erst sehr spät brachen wir auf.

Nach wenigen Stunden Schlaf — es war noch stotzloser — wurden wir mit dem Befehl geweckt, daß die Kompanien um 8 Uhr früh zum Abmarsch bereit stehen sollen. Es haben

Zur Eisenbahn- und Schifffahrtsfrage in Kamerun.

Die zeitgemäße Frage eines Eisenbahn-Schiffahrts-Verkehrs in Kamerun beschäftigte die kürzlich unter dem Vorsitz von Karl Supf stattgehabte Sitzung der Technischen Kommission des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, wirtschaftlichen Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft. Von besonderer Bedeutung für diese Frage ist der Bericht des eben zurücksgekehrten Leiters der Kameruner Schiffahrts-Expedition, Herrn F. Michel - München, dem wir folgendes entnehmen:

Der Landmarsch erfolgte mit 300 Trägern und militärischer Begleitung von Kribi aus. Vom Gouvernement war Regierungsbaumeister Hassenstein beigegeben. Am 3. März erreichte die Expedition Olama am Njong, den Ausgangspunkt der wasserwirtschaftlichen Erfundung.

Gaffen wir die Ergebnisse der Expedition zusammen, so ergibt sich der Nachweis einer Schiffbarkeit des Njona von M'Balmajo, dem geplanten Endpunkt der Mittellandbahn, bis A j o s h ö h e in einer Länge von 225 Kilometer das ganze Jahr hindurch mit größeren Dampfschiffen; eine bisher räufigste Schiffbarkeit des Dunné von Rhassi bis an seine Mündung in den Nadei während neun Monate des Jahres, aber nur für kleinere Fahrzeuge; die Schiffbarkeit des Nadei. Der S a n g h a ist in sechs verschiedene Abschnitte zu teilen, von welchen der erste von seiner Mündung in den Kongo bis Wesso das ganze Jahr hindurch schiffbar ist, der zweite Teil von Wesso bis Bajanga bzw. Salo ebenfalls das ganze Jahr, aber nur für kleinere Barkassen von 60 Zentimeter Liebgang, befahrbar ist. Von Salo-Nola ist eine Schiffahrt während sechs Monate des Jahres möglich, aber auch nur während zwei Monate für größere Schiffe, von Nola nach Banja ist eine Schiffahrt nur während $2\frac{1}{2}$ Monate des Jahres für kleinere Dampfschiffen möglich. Das 7 Kilometer lange Schnellenstück Banja-Vilaia kommt für eine Schiffahrt überhaupt nicht in Betracht. Die Strecke Vilaia-Carnot ist wieder das ganze Jahr für kleinere Dampfschiffsluppen befahrbar. Eine Jagereise oberhalb Carnot beginnen große Schnellen, von wo ab eine Schiffahrt

Demnach kommen für einen Eisenbahn-Schiffahrtsverkehr von dem Hafen D u a l a nach S a n g h a nur die das ganze Jahr hindurch zuverlässig schiffbaren Strecken P' Balmajo-Ajoshöhe, 225 Kilometer, und des Sangha von seiner Mündung in den Kongo bis Salo bzw. Bojanga, 500 Kilometer in Betracht.

Es wird daher, soll eine Verbindung des Njong mit dem Sangho bzw. Kongo hergestellt werden, der Eisenbahnbau bei Ajoshöhe wieder einzusehen haben. Die Eisenbahn-Trasse würde so zu legen sein, daß sie in der Gegend unterhalb Nola, bei Bajanga, an den dort das ganze Jahr schiffbaren Sangha herantritt. Am rechten Ufer befinden sich überall hochgelegene Terrains, die für den Endpunkt der Eisenbahn günstig sind.

In großzügiger Weise schilderte Herr Geh. Baurat und Geh. Kommerzienrat Fr. Denz, Vorstand der Deutlich-Kolonialen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft, vor der Technischen Kommission des Kolonial-

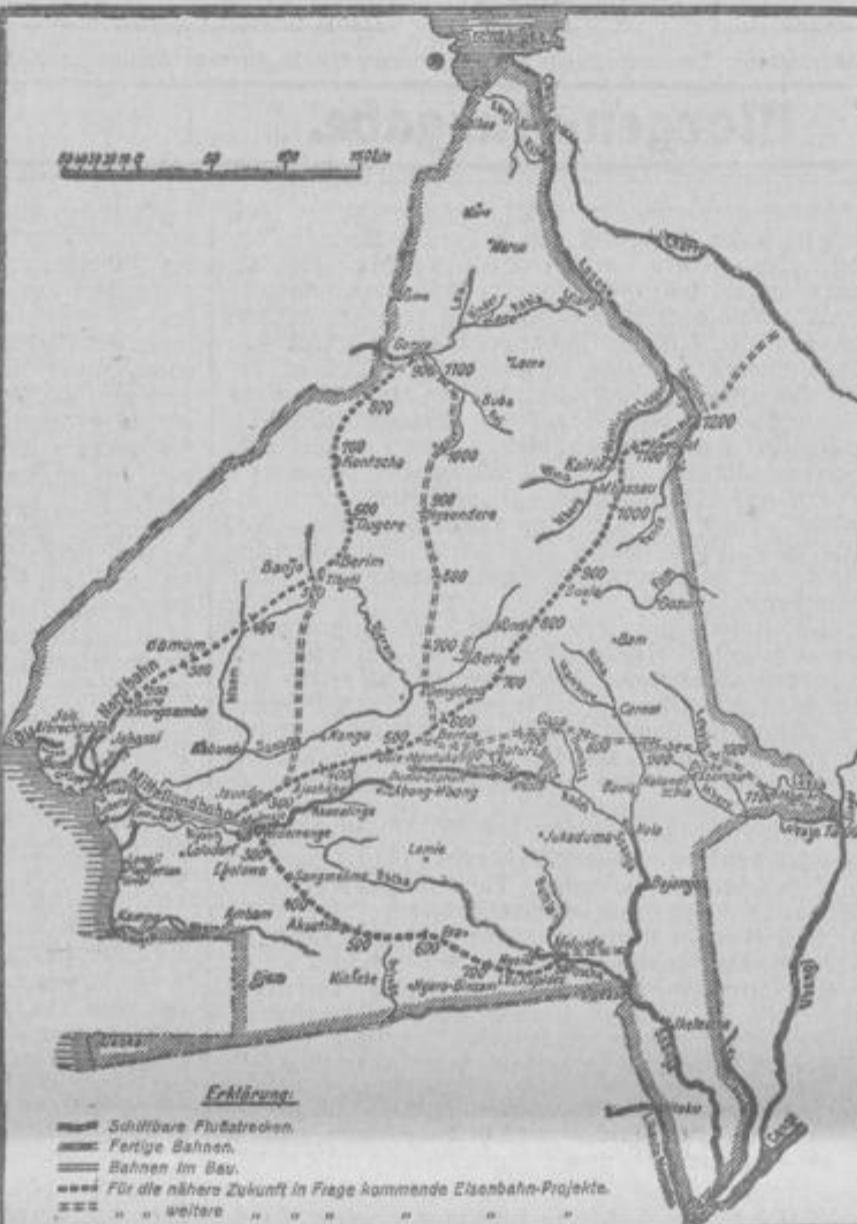
sich wieder starke Frankfurter-Banden in unserem Küden gesammelt, fürdies soll heute der am 21. Dezember nicht ausgeführte Auftrag, die Eisenbahn- und Brückenzersetzung bei Rouzon an der Maas vollzogen werden. Zu gleicher Zeit wird auf dem andern Mausufer eine Abteilung des Detachements v. W. gegen Rouzon vorgehen. Gestern die Weihnachtsfeier unter dem lichterstrahlenden Tannenbaum — heute Kampf. Das ist der Krieg!

Das Gelände war für den kleinen Krieg wie geschaffen. Bei eisiger Kälte marschierten wir ab, schon aus dem nächsten Dorf Neufmansi werden wir von heftigem Schneesturm empfangen. Der Vortrupp erhält Befehl, den Gegner aus dem Gehölz rechts des Dorfes zu vertreiben und dann als rechte Seitendeckung zu folgen; ich übernahm mit meinem Juge die Sicherung nach vorn. Im Verein mit der Seitendeckung dringen wir in das Dorf ein, das feindliche Feuer schwieg. Es schien zweifellos, daß unsere „Lebenstüdtigen Quartierwir“ die Franktireure von unserer Expedition bezeitigt benachrichtigt hatten. Als wir an das Dorf heranliefen, jingten plötzlich die Kirchenglocken an zu läuten, daß war wohl das Alarmzeichen! Freilich wollte der darüber vernommene Geistliche es auf das Weihnachtsfest bezogen haben. Das Dorf wurde nach Waffen abgesucht, auch eine ganze Menge gefunden. Der Maire und zwei Notables wurden arretiert und mußten, obwohl sie ihre Unschuld beteuerten, unser unfreiwilliges Weihnachtsfest mitmachen. Die Einwohner hatten sich ausnahmslos in den Kellern verbrochen. Da wir durch den bisherigen Vortrupp unsere rechte Seite gestellt glaubten, traten wir den Weitermarsch an.

Hinter der Chaussee war eine schroffe, dichtbewaldete Höhe, rechts zog sich eine etwa 200 Schritt breite Wiese und an diese grenzend wieder eine dicht bewaldete, tiefe Höhe hin. Raum 1000 Schritte jenseits des Dorfes wurden wir von einem so heftigen Schnellfeuer überschüttet, daß bei dem hinter folgenden Gross die größte Verwirrung entstand. Ich befand mich bei der Spitz, besuchte ein 100 Schritt vor uns

Wirtschaftlichen Komitees, wirtschaftlichen Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft, die Möglichkeit einer Erziehung Kramerius durch eine Verbindung von Eisenbahnen und Schifffahrtsstraßen und erläuterte an Hand einer Skizze die nach seinem Erinnern in Betracht kommenden Linien:

Was zunächst die in Kamerun bereits bestehenden Bahnenlinien anbelangt, so ist die Kamerun-Nordbahn bekanntlich eine private Konzession und seit dem 1. April 1911 in Betrieb. Das Kapital dieser Gesellschaft ist mit Hilfe einer Reichsgarantie beschafft worden, und zwar hat das Reich eine 3prozentige Garantie für 11 Millionen Mark Kapital übernommen; 5.640.000 M. Vorzugsaktien sind privaterseits aufge-



bracht worden. Wenn die Verkehrssteigerung in gleichem Maße wie bisher weitergeht, dürfte vermutlich im nächsten Jahre die Reichsgarantie ihre Erledigung finden. Das ist ein sehr erfreuliches Resultat, zumal die Bahn in der ersten Strecke praeter propter 90 Kilometer vielfach durch Urwald geht und erst am letzten Ende in bewohntere Gegenden kommt. Ob nun die Bahn weiter zu verlängern ist, was von allen Seiten angestreb't wird, darüber muß man die Entschließung der Behörden abwarten. Soweit ich orientiert bin, steht sowohl der Herr Staatssekretär wie auch der Herr Gouverneur auf dem Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die in dem Hinterland vorzunehmenden reichen Säpalmenwälder die Verlängerung unbedingt notwendig sein wird.

Die zweite Bahn in Kamerun, die sogenannte Mittellandbahn, soll nach dem Reichstagsbeschluß von Duala nach dem Njong gehen, und zwar nach Palmajo, südlich von Yaunde. Die Strecke wird

nach dem neuesten Projekt 285 Kilometer lang. In Betrieb sind jetzt 180 Kilometer genommen; wahrscheinlich kommt in den nächsten Monaten die erste Strecke von 150 Kilometer vollständig in Betrieb. Wann die übrige Strecke bis nach dem Rjong fertiggestellt sein wird, darüber kann man ein bestimmtes Urteil heute noch nicht abgeben.

Wie sich weiterhin die Bahuprojekte in der Kolonie gestalten werden, wird wesentlich davon abhängen, mit welchem Eindruck erstens der Herr Staatssekretär zurückgekommen ist, und zweitens, welches Resultat die Untersuchungen ergeben, die im Auftrage des Gouvernements in dem ganzen Gebiete bis nach Norden hin vorgenommen werden. Diese Untersuchungen wurden allerdings zu einer Zeit angeordnet, als mit den neuen französischen Erwerbungen noch nicht gerechnet wurde. Vermutlich werden die Projekte durch die Neuerwerbungen eine andere Gestaltung erfahren, wobei vielleicht auch die Schifffahrtsverhältnisse auf den verschiedenen Flüssen mitsprechen werden.

Was nun die Verlängerung der Mittel-Landbahn anbelangt, so fragt sich, welche Richtung zunächst aufzunehmen sein wird. Die Idee bestand und besteht zum Teil vielleicht auch noch, die Linie so zu führen, daß man nach Norden in das Lichad-Gebiet kommt. Dort ist bekanntlich nach den Abmachungen mit der französischen Regierung der Etappenvog für die französischen Transporte frei, zu welchem Zweck notwendig wäre, eine Querverbindung durch unsere Kolonie zwischen den französischen Gebieten zu schaffen. Man hatte den Gedanken, daß man vielleicht eine Bahn vorweg bauen könnte, um die Schwierigkeiten der Transportdurchführung auf Landstraßen zu beseitigen. Aber die später eingehenden Berichte haben doch ergeben, daß es außerordentlich schwierig ist, auf dem nur wenige Zeit schiffbaren Venue die Materialien heranzuschaffen.

Daz man heute noch die Verbindung von der Mittel-
landbahn nach Garua hin suchen sollte, erscheint mir
wenig aussichtsvoll, zum mindesten nicht zweitmöglich.
Das Gebiet ist so gewaltig groß, daß man unmöglich
mit einer Linie ein Land, das weit größer als Deutschland
ist, ausschließen kann.

Die Verlängerung der Noedbahn, die man sofort in Angriff nehmen kann, bis Garua würde ungefähr eine Länge von 900 Kilometer von Duala aus ergeben; dagegen hätte die Verlängerung der Mittellandbahn über Jaunde und dann über Dengdeng und Ngaindere eine Länge von 1150 Kilometer; dieser Weg würde also 250 Kilometer weiter sein.

Weiter hat man die Idee gehabt, von Haunde aus gleich abzuschwanken, und zwar die Richtung zu wählen, die für die Nordbahn in der Hauptfache vorhanden ist, nämlich den Abamfluss aufwärts. Das würde immer noch eine Länge von 1050 Kilometer ausmachen gegenüber der direkten Länge von 900 Kilometer. Rationell wird man also an die Erledigung der westlichen Gebiete immer nur durch die Verlängerung der Nordbahn denken können und wird die Mittellandbahn-Linienführung zum Aufschluß des östlichen übrigen großen Gebietes wählen. Eisenbahnlinien in Kamerun kann man nun wegen des außerordentlich zerissenem Geländes und der Bergschwierigkeiten nicht willkürlich führen. Erfahrungsgemäß wird man mit den Linien möglichst an die Wasserscheiden zwischen den großen Flüssen gehen müssen.

Der Logone ist bis jetzt noch nicht untersucht; er soll aber nach den vorliegenden Berichten bis Kaitia hin schiffbar sein. Das würde eine schiffbare Länge von etwa 600 Kilometer, mit dem östlichen Logone von 800 Kilometer bedeuten. Es würde nun eine außerordentlich leichte Rückschleifung sein, wenn man den Logone vom Tschadsee aus bis auf eine Länge von etwa 600 Kilometer benutzen könnte, um dann an die Bahn zu kommen, weil sich hieraus ergeben würde, daß die französische Regierung ihrerseits die Bahn unbedingt auf ihr Gebiet verlängern muß, weil sie gar keine Möglichkeit hat, anders in dieses Gebiet zu kommen. Damit würde für den Verkehr von Kamerun gleichzeitig auch der Verkehr aus der französischen Kolonie erschlossen werden.

tönne der erste Kanoneneschuß. Das hah! Die Kerle ließen wie die Hasen davon. Ein anderer Zug übernahm die Deckung auf der Chaussee, ich wurde mit meinen Leuten knüs auf die Höhe geschickt. Wir kriechen auf allen Vieren die steile glattgefrönte Höhe hinauf, fast ohne jede Deckung gegen das fehl wieder sehr lebhafte feindliche Feuer. So erleben wir die Franzosen bis Rouzon an der Maas. Hier befiehle ich den Bahnhof, die anderen drei Züge das Dorf. Die Kettenbrücke über die Maas war schon zerstört, so daß die Franzosen unter unserm lebhaften Feuer in Booten übersehn mußten. Als sie drüber landeten, mussten manche getragen werden.

Das Dorf wimmelte von Franzosen, welche uns mit ihren großkalibrigen Flinten sehr lebhaft beschossen. Das Feuer dröhnen verstummte erst ganz, als unsere Artillerie wieder schoß. Der Maire und zwei angesehene Leute wurden als Geiseln mitgenommen, und wir versuchten endlich für unsere Leute etwas Genießbares zu requirieren. Es war wenig und dürstig genug. Die "Franc-tireurs de Rouzon" — so nennen sich unsere Gegner — sollen vom Maire organisiert sein und hier ihr Standquartier haben. Soft alle tragen blaue Blusen und weiße Samtsächer. Als wir an den Ort heranliefen, läuteten auch hier die "Weihnachtsglocken"! Die gefundenen Waffen wurden wieder mitgenommen und die Bahn gesägt. Es war 3 Uhr, als der Rückmarsch angetreten wurde. Unsere Hoffnung auf ungestörten Marsch erfüllte sich nicht. Zwischen Rouzon und Reußenstein wurden wir wieder mit Flammenfeuer bedroht; sie wollten uns also den Rückmarsch verlegen. Hinset, vor und links von uns Feinde, deren Zahl wieder beträchtlich war, dabei begann es zu dunsteln. Auch jetzt schaffte uns die Artillerie wieder Ruh. Einige Granaten in die Fabrik und in das Dorf Reußenstein beschädigten die Franzosen, so daß wir endlich bei völliger Dunkelheit den Ort erreichten; hier wurden unsere Verwundeten auf requirierte Wagen gelegt, und so kamen wir um 8 Uhr abends todmüde, hungrig und durchnäßt in unser Quartier Sonne Grandeville an.

Das war unser Weihnachtsfest!

Herren mit der Bemerkung: „Es ist ja nur ein Schuh in die Lunge!“ Selbstredend nahm sich die Polizei der Sache an, und nun stellte sich heraus, daß die ganze Geschichte nur markiert gewesen war, und zwar jedenfalls zu dem Zweck, die Bewohner in Aufregung zu bringen. Der „Schuh“ wird jedenfalls die dabei Beteiligten etwas kosten.

= Frankfurt a. M., 22. Dezember. Wie verlautet, wird die Verhandlung gegen den Drogisten und Feuerkörner Höff wegen Giftimord's und Giftmordversuchs in je drei Fällen am Montag, den 12. Januar, vor dem Frankfurter Schwurgericht beginnen und etwa 5 bis 8 Tage dauern.

FC. Bad Orb, 21. Dezember. Gestern vormittag 11½ Uhr fand im hiesigen Rathaus die Verpflichtung der hiesigen bekannten Wald- und Feldjäger, die vor allem einen bedeutenden Holzwildstand aufweist, statt. Die Höchstgebote rieben ab. Geheimer Sanitätsrat Hufnagel hierbei mit 6700 Mark und der Vorsitzende des Aufführungsrats der höchsten Jagdwerte Walter vom Rath (Frankfurt a. M.) mit 6100 M. Der Zusatzlag wurde nicht erzielt, da eine Änderung des Jagdpachtvertrags vorgenommen werden soll. Es wird ein neuer Verpflichtungszeitraum nochmals angelebt werden, der voraussichtlich Ende Januar 1914 stattfindet.

Hattenberg, 21. Dezember. Die Viehprieße, namentlich die Schweinepreise, sind seit einigen Wochen im Sinken begriffen, so daß hier und da vor Wochen bereits erstandenes Vieh der Abholung durch den Käufer noch harrt. Während im gleichen Zeitraum des Vorjahres der Bentiner Schlachtwert mit 75 bis 85 M. bezahlt wurde, bieten die Händler jetzt nur noch 60 bis 65 M. Damit ist die Aussicht auf billigere Hausschlachtung, die sich mancher seither versogen mußte, nähergebracht. — Am Freitag traf Generalsuperintendent Ohly aus Wiesbaden hier ein und begab sich am folgenden Tag nach Biedenkopf.

Haldorf bei Hattenberg, 21. Dezember. Zu Ehren der 27 Veteranen aus drei Feldzügen enthüllte der hiesige Kriegerverein in der Kirche eine Gedächtnisplatte aus Marmor. — Der Kürschner Hofmann geriet beim Schnellen von Jagdaubungen mit der rechten Hand infolge Ausgleitens in die Kreissäge, wodurch dem Unglüdlichen drei Finger abgeschnitten und die Hand verstümmelt wurde.

Ms. Kassel, 21. Dezember. Landesrat Hermann Scheel, seit dem Jahre 1889 Beamter des Provinzialverbands Hessen-Nassau und seit langen Jahren Mitglied des Vorstandes des Provinzialverbands für Hessen-Nassau, Dezerent für die landwirtschaftliche Vertragsgenossenschaft für Hessen-Nassau, Dezerent für die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau und Dezerent für die Haftpflichtversicherungsanstalt für Hessen-Nassau, ist heute plötzlich von einem Schlaganfall betroffen worden und gestorben. Scheel war der Sohn des bekannten Pianofortefabrikanten Scheel und stand erst im 55. Lebensjahr.

S. Wissen (Sieg), 21. Dezember. Einen nichtswürdigen Streich spielte hier ein junger Mann, Schüler einer höheren Schule, indem er das ihm anvertraute Geld selbst verschwendete und dann zwei arme Italiener des Diebstahls beschuldigte. Die letzteren wurden auch verhaftet. Doch stellte sich ihre Unschuld bald heraus, als das Bürgengewebe des höhren Schülers aufgedeckt wurde.

Gerichtsaal.

Der Streit um die päpstliche Gewerkschafts-Enzyklika vor Gericht.

(Zweiter Verhandlungstag.)

ab. Köln, 20. Dezember.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung in dem Prozeß wegen Bekämpfung der christlichen Gewerkschaftsführer befandte Reichstagsabgeordneter Giesberts, daß die Enzyklika an sich nach der Auffassung des Gefanvvorstandes keinen Grund zu Beijurgenissen geboten habe, daß man aber ungeschickt der ereigneten öffentlichen Meinung, die eine klare Stellungnahme erforderte, den Ersatz Kongregat einberufen habe. Die Enzyklika hat an sich mit unserer Organisation nichts zu schaffen. Wir halten an unseren Grundsätzen fest. Die Frage, was wir tun werden, falls von Rom aus ein generelles Verbot der interkonfessionellen Arbeit erfolgen würde, ist nicht behandelt worden. — Nach einer längeren Auseinandersetzung, die infolge der von Reichsanwalt Heinrich gestellten und nicht zugelassenen Frage: „Würden auch die „Berliner“ hier im Westen, falls Organisationen gegründet würden, ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften führen?“, herabgerufen wurde, bestreitet Giesberts, jemals mit einem Minister oder Staatssekretär über die Enzyklika verhandelt zu haben; er habe über das Erscheinungsdatum der Enzyklika sowie von dieser selbst vor ihrem Gescheinen nichts gewußt. — Vorl.: Auf dem Essener Kongreß sollen die christlichen Gewerkschaften ihre Taktik geändert haben, sie sollen nachher weniger Streiks geführt, mehr auf Tarifverträge gedrungen haben und es soll überhaupt eine viel zahmere Richtung eingeschlagen worden sein. — Giesberts bestreitet das letztere in entschiedener Weise. — Auf die Frage des Vorstehenden, ob irgendeine geistliche Stelle den Versuch gemacht habe, die christlichen Gewerkschaften streitfeindlich zu beeinflussen, erwidert Giesberts, ein solcher Fall wäre so auffallend, daß er ihm bekannt sein müßte. — Der Vorsitzende kommt sodann auf die Gabe zu sprechen, welche die rheinisch-westfälischen Industriellen durch Erzbischof Fischer als Peterspfennig überreichen ließen, um so den Schlag, den die Kurie in der nächsten Zeit gegen die christlichen Gewerkschaften führen wollte, zurückzuhalten. — Abg. Giesberts bezeichnet das als ein Märchen und erklärt, mit der Wahl Heddmanns hätten die christlichen Gewerkschaften als solche nichts zu tun. — Andere Zeugen befinden, daß ihnen von einer Unterwerfung unter die Enzyklika nichts bekannt sei, ebensowenig etwas von der erwähnten Schenkung an den Papst. — Der Vertreter des Pfarrers Miz erklärt, daß sein Client zu einem Vergleich bereit sei. Er habe den Eindruck empfangen, daß die von ihm aufgestellte Behauptung nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, und daß er sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Der Vertreter des Klägers, Reichsanwalt Dr. Schreiber, nimmt darauf die Alogie gegen Pfarrer Miz zurück.

ep. Opfer der Schundliteratur. Die „Münchener R.“ berichten: Eine in Bamberg wohnende reiche Dame erhielt einen Brief, in dem „der aus 400 Mann bestehende Totenkopforden“ verlangte, daß für ihn an einer näher bezeichneten Stelle 25.000 M. in Gold hinterlegt werden; im Fall des Vertrags wurde mit dem Markttod bedroht. Die Kriminalpolizei

nahm einen Gymnasiasten und einen Volksschüler fest, die das Gold abholen wollten. Vor dem Jugendgericht gab der Gymnasiast an, er habe seit einem Jahr Verbrechergeschichten gelesen und aus einem Roman, der von der Entführung eines Kindes und dem Aufknüpfen Erwachsener handele, die Anregung zu der Bezeichnung „Totenkopforden“ entnommen; er habe die Dame nur in Angst versetzen und überhaupt nur einen Streich ausführen wollen, damit er aus der Schule wegkomme und von den Eltern die Erlaubnis erhalten, auf ein Schiff gehen zu dürfen. In gleicher Weise verteidigte sich der Volksschüler, auf dessen Anregung hin der Gymnasiast den Empfängerin des Briefes mit Blenden drohte. Das Jugendgericht verurteilte den Gymnasiasten zu 8 Tagen Gefängnis und den Volksschüler zur Strafe des Verweisens. Und die eigentlich Schulden gehen frei aus!

Sport und Spiel.

sr. Die Pariser Winter-Meisterschaft. Auf der Pariser Winterbahn wurden am Sonntag die letzten 18 Matches der sich über 3 Tage erstreckenden Wintermeisterschaft der Flieger entschieden. Der Sieg fiel an den Franzosen Houlier, der von Anfang an an der Spitze des Klassements stand. Der Franzose gewann am Sonntag seine sämtlichen vier Rennen überlegen. Der einzige deutsche Teilnehmer Otto Meier enttäuschte, denn er wurde sowohl von Poulain, von Dupre und von Pouchois geschlagen.

ö. Eisenbahner und Olympische Spiele. Die Olympischen Spiele werden in einer Denkschrift des preußischen Eisenbahndirektions eingehend behandelt. Den Eisenbahnerzonen, die Sportabteilungen haben, sollen die Ausbildung und die Teilnahme geeigneter Mitglieder an den Olympischen Spielen nach allen Kräften fördern.

Neues aus aller Welt.

Ein Eisenbahnunglüx. Dortmund, 22. Dezember. (Amtlich.) Der von Hagen kommende Personenzug 912 fuhr in eine Kurz vorher entgleiste Maschine. Die Maschine mit den nachfolgenden Pod- und Personenzügen entgleisten. Verletzt wurden der Heizer Apitus (Hagen) schwer; er wurde in das Krankenhaus in Dortmund verbracht. Reicht verletzt wurden der Lokomotivführer Schulte (Allen), der Ladierer Heinrich Engels und der Schreiner Wilhelm Nidmeier, sämtlich aus Dortmund, ferner der Lokomotivführer Kniedert, der Zugführer Figge (Hagen), der Landwirt Heinrich Schütter (Afferde) und der Walzenführer Karl Simon (Voing). Ein von Dortmund requirierter Hilfszug brachte ärztliche Hilfe. Der Materialschaden ist erheblich. Die Aufräumungsarbeiten nahmen mehrere Stunden in Anspruch, jedoch konnte der Verkehr aufrecht erhalten werden. Als Ursache des Unglücks wird Schienenschaden angenommen. — Der schwer verletzte Heizer Apitus ist im Luisen-Hospital in Dortmund gestorben.

Ein Kirchenbrand. Chemnitz, 22. Dezember. Ein Brand zerstörte gestern die Kirche des Ortes Niederfrohna bis auf die Umfassungsmauern. Die Ursache des nach dem Gottesdienst ausgebrochenen Feuers liegt vermutlich in einem Defekt der Heizung. Das Pfarrhaus konnte gerettet werden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Ein Eisenbahnunfall. Paris, 22. Dezember. Aus Avignon wird gemeldet: Der Expreßzug, der an jedem Sonntag die Fahrzeuge für die nach Indien fahrenden Dampfschiffe besorgt, stieß auf dem Bahnhof La Croix mit einem Güterzug zusammen. Ein Bahnhofsangestellter, der die drohende Gefahr bemerkte, konnte noch rechtzeitig Notsignale geben, so daß der Lokomotivführer die Geschwindigkeit der Züge im letzten Augenblick noch bedeutend vermindern konnten. Der Zusammenstoß war infolgedessen nicht so heftig. Nur drei Wagen des Güterzuges gingen in Trümmer. Drei Reisende des Expreßzuges wurden verletzt.

Höhlenbewohner auf der Kurischen Nehrung. Königsberg, 22. Dezember. Rudege Erbböhlenbewohner kann man jetzt in der Nähe des Seebades Tatz, nicht weit vom Ausläuferkum in Klein-Lüdingen, am Beginn der an dieser Stelle sehr sumpfigen Kurischen Nehrung beobachten. Etwa acht Familien, zusammen rund 40 Menschen, die der Bau einer Chaumée von Tatz nach dem ersten Nebendorf Tarnau in diese eingeschlossene Gegend geführt hat, leben da weit und breit für sie kein Oldach ist, ihre Wohnungen in Erdhöhlen, oder genauer gesagt, in Wohnungen, die sie sich in der Erde hergerichtet haben, aufzufinden. Diese eigentlich Siedlung von Höhlenbewohnern erregt natürlich das lebhafte Interesse vieler Touristen, und auch Ausflügler aus Königsberg besichtigen in zahlreichen Gruppen diese primitiven Behausungen.

Studien als Räuber. Paris, 22. Dezember. Ein Telegramm aus Beziers meldet, daß zwei Kanaken im Alter von 10 und 11 Jahren infolge Letzten von in Frankreich ausgetretenen Räubergruppen beschlossen hatten, ebenfalls als große Einbrecher und Räuber aufzutreten. Als erstes, was sie benötigten, sagten sie, daß sie eine Waffe benötigten. Zu diesem Zweck stahlen sie aus einer Waffenhandlung der Stadt einen Revolver und eine Pistole. Hiermit bewaffnet, drangen sie in ein Haus ein, wo sie bis in das oberste Stockwerk hinaufstiegen. Als sie dort in ein Zimmer eindrangen wollten, standen sie einem Dienstmädchen gegenüber. Während nun der eine der jungen Burschen das Dienstmädchen mit dem Revolver in Schach hielt, durchwühlte der andere das ganze Zimmer, in dem er nach langem Suchen die Erbsparnisse des Dienstmädchens, es waren 30 Franken, erbeutete. Mit diesem Gelde flüchteten die beiden Einbrecher. Als darauf die Burschen in einem Geschäft eine größere Partie Süßwaren kaufen wollten, wurden sie von der inzwischen verständigten Polizei verhaftet.

Letzte Drahtberichte.

Frankreichs Marokkopolitik und seine Beziehungen zu Deutschland.

wb. Paris, 22. Dezember. Briand äußerte sich gestern auch über die Marokkopolitik und die Beziehungen zu Deutschland. Nach dem stenographischen Bericht fügte er aus: Während der 18 Monate, die ich am Ruder war, verfolgte ich unter der Kontrolle mit der äußersten Linken und in vollem Einvernehmen mit der Kammer und dem Senat in Marokko eine Politik der friedlichen, langsamem und methodischen Durchdringung. Da ich zu seiner Zeit Konflikte herauftreiben wollte; da ich ein warmer, leidenschaftlicher Anhänger des Friedens mit Würde war, bemühte ich mich, alles zu vermeiden, was von einer gewissen Seite diese langsame, aber sicherne Bemühungen stören könnte. Das vermisste ich bei den Abmachungen, welchen beiden Ländern zwar keine vollständige Verbündung erlaubten, die durch Fragen der Würde unmöglich gemacht wird, aber eine Annäherung der Interessen,

welche die kleinen Reibungsflächen aufhebt, die Konfliktsgefahren auf ein Minimum beschränkt und die Mittler für andere umfassendere Gesichtspunkte, für gewisse Wiedergutmachungen und ein gewisses Vergessen vorbereite. (Zustimmung.) Diese Politik war nicht leicht, dies um so weniger, als man sie nicht von Tag zu Tag vor den Augen des Parlaments verfolgen konnte. Sie wurde durch die Mittel erreicht, über welche die Regierung verfügte, aber als ich im März 1911 zurücktrat, hatte sie wenigstens das Ergebnis, daß nur 6000 französische Soldaten in Marokko notwendig waren, da diese militärische Streitkraft für die damalige Lage genügte.

Eine merkwürdige Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten zur Beurteilung des Leutnants v. Forstner.

wb. Berlin, 22. Dezember. Zum Prozeß Forstner sendet der Berliner Polizeipräsident der „Kreuzzeitung“ folgende Erklärung: Militärische Übungen sind Art der Staatshoheit, wird ihnen ein Hindernis, wie in Detmold, entgegengestellt, so gilt für ihre Beseitigung das gleiche. Eine Strafverfolgung wegen Wahrung einer Staatshoheit ist ungültig. Das ist ein selbstverständlicher Rechtsgrund, der übrigens im § 7 des preußischen Gesetzes, best. Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen einer Amts- und Diensthandlung, vom 18. Februar 1854, Gesetzesammlung Seite 86, für Beamte auch ausdrücklich Anerkennung findet. Also durfte gegen von Forstner Anklage nicht erhoben werden, geschweige denn eine Verurteilung erfolgen. Anscheinend prüft das Gericht in erster Instanz diesen Gesichtspunkt nicht. Die Berufungsinstanz wird ihn ihrer Beratung vorweg zugrunde zu legen haben. Wäre die Rechtslage anders, so bedürfte sie zuletzt einer Änderung, denn wenn unsere Offiziere, und noch dazu solche, die fast im Feindeland stehen, Gefahr custodia in honesta laufen, weil sie für die Ausübung des königlichen Dienstes freie Fahrt schaffen, dann erwächst dem vornehmsten Beruf Schaden. Ein sie schübendes Reichsgesetz, nachgebildet dem genannten preußischen Gesetz, wäre dann nur dringende politische Notwendigkeit. Dr. jur. v. Jagow. (Mit dieser Beurteilung der Sache dürfte Herr v. Jagow in weiteren Kreisen Kopfschütteln, seine Bemerkung vom Feindeland bei der Reichsregierung sogar Mißfallen und Widerspruch hervorrufen. Schrift.)

Die wirtschaftliche Lage Usambaras.

wb. Dar es Salaam, 22. Dezember. Der Gouverneur Dr. Schnee ist mit Genialität von einer dreiwöchigen Reise in die Nordbezirke zurückgekehrt, bei der er besonders die Plantagen und Ansiedlungen Usambaras besuchte. Infolge der Raubzulassung haben einzelne Kaufhausplanzungen ihren Betrieb eingestellt. Die dadurch freigewordenen Arbeitskräfte sind vielfach auf Sisalpflanzungen tätig, die in bedeutender Ausdehnung begriffen sind. Die Kaffee-Ernte in Usambara ist die größte bisher dagewesene, die nahezu vollendet Ernte ergibt, auf manchen Pflanzungen das Dreifache des vorjährigen Ertrages. Die Lage der Ansiedlungen, was Laienbau sowie Viehzucht betrifft, ist im Westen Usambaras gleichfalls günstiger als im Vorjahr. Es ist eine rege Beteiligung an der Landesausstellung in Dar es Salaam aus den Nordbezirken zu erwarten. Der Vorstand des wirtschaftlichen Verbandes der Nordbezirke beschloß einstimmig, sich nach besten Kräften an der Ausstellung zu beteiligen.

Zum Prager Bushbruderstreit.

wb. Prag, 22. Dezember. Die Prager Zeitungen, deutsche wie tschechische, sind, nachdem das Pruder- und Sekerpersonal am Samstag die Betriebe verließ, am Sonntag früh doch in gewisser Vollständigkeit mit zahlreichen Anzeigen erschienen, so die „Bohemia“ mit 48, das „Prager Tagblatt“ mit 32 Seiten und ähnlich die „Ratodni Politika“.

Die Spaltung der Oktobristen-Partei.

— Petersburg, 22. Dezember. Die Spaltung in der Oktobristen-Partei der Reichsduma nimmt einen immer größeren Umfang an. Den bereits ausgetretenen 25 Mitgliedern haben sich gestern weitere 24 mit dem Duma-Präsidenten Rodjanfo angelehnt, so daß die Linke der Oktobristen einen großen moralischen Sieg feiern kann.

Einspruch der Pforte gegen Greys Vorschlag.

* Konstantinopel, 22. Dezember. Die Pforte hat gestern bei den Mächten gegen den Vorschlag Sir Edward Greys bezüglich der Inselfrage Einspruch erhoben. Falls eine Verständigung der Mächte über diesen Vorschlag zustande kommt, wird dieser Protest natürlich ungehört verhallen, da die Türkei selbst ihre Zustimmung dazu gegeben hat, daß die Inselfrage durch die Mächte gelöst werde.

Vermitzung der albanischen Gendarmerie.

wb. Belgrad, 22. Dezember. Aus den Bergteilen Balona, Perat und Glisjan haben sich bereits über 300 Leute zum Gendarmeriedienst an der Südgrenze gemeldet. Entsprechend dem von der provisorischen Regierung gesetzten Erlaubnis werden auch aus Nordalbanien über 200 Freiwillige in kurzer Zeit zu demselben Zweck eintreffen.

Die Witzen in Megito.

wb. New York, 21. Dezember. Nach einem Telegramm aus Meriko hat die Nationalbank von Mexiko bekannt gegeben, daß sie wegen der herrschenden Lage zu den Vorschriften gegen Greys Vorschlag greifen müsse, die in diesem Monat fällige Halbjahrsdividende nicht auszuzahlen. Die mexikanische Regierung hat den Vorschlag der Bankiers, in der Nationalbank einen Garantiefonds niederzulegen, abgelehnt.

Ein Erlaß Billa gegen das Plündern.

wb. Chihuahua, 22. Dezember. General Billa erließ einen Beschluß, in dem er erklärt, jeder, der bei Plünderten oder bei dem Angriff auf fremdes oder mexikanisches Eigentum betroffen würde, würde hingerichtet. Sechs Aufständische, welche den Wohnsitz eines Mexikaners plünderten, wurden erfaßt.

Zum Schweriner Schloßbrand.

wb. Schwerin, 22. Dezember. Das großherzogliche Hofmarstallamt erläutert folgende Bekanntmachung: Durch die eingehende amtliche Untersuchung, die unmittelbar nach dem Schloßbrand eingeleitet wurde, ließ trocken zahlreicher Bezeugungen die Entstehungsursache des Brandes sich nicht feststellen. Bei der Untersuchung wurden die verschiedensten Möglichkeiten, die als Entstehungs-

irische des Feuers in Betracht kommen könnten, sorgfältig geprüft; jedenfalls aber wurde festgestellt, daß weder Fahrzeug noch vorläufige Brandstiftung vorliegt.

wb. Schwerin, 22. Dezember. In der letzten Nacht ist ein großer Teil des ausgebrannten Flügels des großherzoglichen Residenzschlosses herabgebrochen und hat die unteren zwei Stockwerke des Portalgeschosses durchdringen.

Ein Weihnachtsgeschenk aus der Carnegie-Stiftung.

** München, 22. Dezember. Die Witwe des mit dem preußischen Militärrat nach Lewinski in München erschossenen Polizeiwachmeisters Voßlender erhielt aus der Carnegie-Stiftung ein Weihnachtsgeschenk von 3000 M. Voßlender war bekanntlich dem Major v. Lewinski, der von dem Blutgeier Strafer erschossen wurde, zu Hilfe gerillt und dabei selbst erschossen worden.

Ein Bootsunfall in der Nordsee.

wb. Oldenburg, 22. Dezember. Als gestern nachmittag ein Ruderboot mit vier Insassen von der bekannten Nordseeflotte Spiekeroog nach der Nachbarinsel Horlingeriel unterwegs war, kenterte es plötzlich auf hoher See. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt. Alle vier Insassen, der Bootsinhaber, sein Gehilfe und die Fahrgäste, ein Maurer und ein Maurerpartner, fanden den Tod in den Wellen. Es waren durchwegs junge Leute, die erst seit kurzer Zeit verheiratet waren.

Ein Kirchenbrand.

wb. Limbach (Sachsen), 22. Dezember. In Niederjohna kam gestern vormittag nach Beendigung des Gottesdienstes in der Kirche Feuer aus. Als man es bemerkte, brannte bereits der ganze Dachfuß. Eine Stunde später brach der Turm zusammen und durchdrang das ganze Gebäude. Die Kirche ist vollständig niedergebrannt; nur die sahnen Ummauern stehen. Der Brand ist wahrscheinlich durch die Heizung ausgelöscht.

Vom Zug überfahren.

* Braunschweig, 22. Dezember. Am Sonntagabend wurde auf der benachbarten Bahnstation Rüningen der dort wohnhafte Modelltischlermeister Kühoff und dessen Neffe, der Sohn des hiesigen Brotfräger Haardt von einem von Wolfenbüttel kommenden Personenzug überfahren. Wie die "Braunschweig. R. A." melden, wurde Kühoff auf der Stelle getötet, der Knabe schwer verletzt. — Nach Privatmeldungen hat sich der Eisenbahnunfall so zugetragen, daß der Modeltischler mit einem Stunde den Bahnübergang, trotzdem die Schranke geschlossen war, noch passierte und so unter den aus Braunschweig kommenden Zug geriet.

Zwei Kinder verbrannt.

wb. Straßburg, 22. Dezember. Bei einem Küchenbrande in dem Vorort Kronenburg sind gestern ein Mädchen im Alter von zwei und ein Knabe im Alter von vier Jahren ums Leben gekommen.

Tödlich verunglückt.

wb. Göttingen, 22. Dezember. Der 35jährige Fabrikdirektor Heinrich Lewin, Mitinhaber der Baumwollfabrik Göttingen und Rödert, ist in seinem Betrieb tödlich verunglückt.

Handelsteil.

Neue Gesetze für den Handel nach Frankreich.

Es ist für den Kaufmann, der mit dem Ausland in Geschäftsverkehr steht, von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, sich über die Legislatur und Judikatur seiner Absatzgebiete auf dem laufenden zu halten, deren Ergebnisse unter Umständen seine geschäftlichen Beziehungen wesentlich beeinflussen können. Wir verweisen daher nachstehend auf eine Anzahl neuer französischer Gesetze und Gerechtsame-Urteile, auf die der Deutsch-Französische Wirtschaftsverein von seinem Pariser Vertrauensanwalt Dr. Schauer in dessen regelmäßigen Berichten aufmerksam gemacht worden ist.

Von neueren französischen Gesetzen sind wesentlich drei unter kaufmännischen Gesichtspunkten beachtenswert: Aus dem laufenden Jahr die kürzlich erledigte Novelle zum Aktiengesetz, aus dem Vorjahr das Gesetz über den (nach englischem Vorbild) eingeführten gekreuzten Scheck, der nur von Bancaires präsentiert und auf sie gezogen werden kann, und das Gesetz gegen Preise, Medaillen und Diplome wilder Ausstellungen.

Von gerichtlichen, bzw. höchstgerichtlichen Zivilurteilen sind namentlich folgende von grundstatischer Bedeutung: über Gültigkeit einer im Ausland geschehenen Zessau, Schadensatzpflicht von Auskunftsstukkaten, Recht auf den Familiennamen, Patentschutz bei teilweise nur ausländischer Fabrikation, Konkursanmeldungen bei gleichzeitigem Konkurs der deutschen Haupt- und der französischen Zweigniederlassung, Nachahmung von Fahrmarken und Klagerecht des Lizenznehmers, Vollstreckbarkeit von vertraglich vorgesehenen Schiedssprüchen, Kündigungrecht und event. Entschädigungspflicht der Handlungsbüro, bzw. Provisionsvertreter, Konkurrenzklause.

Nähere Auskunft erteilt auf Wunsch die Geschäftsstelle des Deutsch-Französischen Wirtschaftsvereins (Berlin W. 9).

Zur Verlängerung des ostasiatischen Dampferlinien-Verbandes.

Die nach recht langen Verhandlungen zustande gekommene Erneuerung des großen ostasiatischen Reedereipools, an dem deutsche, englische und französische Gesellschaften beteiligt sind, bedeutet eine Kriegserklärung an die Rickmers Reederei. Die Rickmers Sibirien-Linie hat beschlossen, ab 1. Januar 1914 ihren Schiffahrtsdienst auf ganz Ostasien auszudehnen. Diesem Vorhaben tritt nun der soeben verlängerte Pool dadurch entgegen, daß er die Frachtraten für einige Schwergut-Artikel um nicht weniger als 4 bis 5 M. erhöht. Diese Frachtherabsetzung, die natürlich der Montan-Industrie besonders in der jetzigen Zeit sehr zusätzliche kommt, besagt aber nichts weiter, als daß man die Ausdehnung der Rickmers Reederei als ein Eindringen in die Interessensphäre des "Pools" betrachtet, der es sich jetzt zur Aufgabe gestellt hat, durch ein Unterboten der Frachtsätze den "Fremdling" wieder aus seinem Arbeitsfeld zu verdrängen. Ob es ihm gelingt, ist aber eine zweite Frage. Es muß nämlich darauf verwiesen werden, daß die Rickmers-Linie bereits seit einigen Jahren in einen hartnäckigen Konkurrenzkonflikt in der Sibirienfahrt mit der Hamburg-Amerika-Linie und einigen kleineren Reedereien verwickelt ist, ohne daß es den letzteren gelungen ist, die Bremer Reederei aus ihrer Position zu verdrängen. Aus dem Umstande, daß der "Pool" zunächst nur auf drei Monate verlängert worden ist, ist zu schließen, daß es sich vorwiegend nur um ein provisorium handelt.

Mit 30 000 M. und einer Kontoristin geflüchtet.
wb. Oberrieden, 22. Dezember. Nach Unterstellung von 30 000 M. Geschäftsgeldern ist der Kassenverwalter Woffensköld in Begleitung einer Kontoristin geflüchtet.

Ein Fernbeben.

wb. Hohenheim, 22. Dezember. Gestern abend 5 Uhr 22 Minuten hat die Erdbebenvorste ein mittelstarkes Fernbeben verzeichnet.

Großfeuer.

wb. Breslau, 22. Dezember. Die "Schlesische Zeitung" meldet: In Sagan steht das herzogliche Verwaltungsgebäude in Flammen. Die Alten sind gerettet. Die Wohnung des Generalbevollmächtigten, Hauptmann von Bruened, ist ausgebrannt.

Eine Millionstiftung für Bildungszwecke.

wb. Brüssel, 22. Dezember. Bei einer gesetzigen Einweihungsfeier im Rathaus wurde bekannt gegeben, daß der bekannte Industrielle Solven für Bildungszwecke für Arbeiter eine Million Franken gestiftet hat.

Tödlicher Automobilunfall eines Fliegers.

* London, 22. Dezember. Der bekannte Flieger Robert Stalder bei einer Automobilfahrt ums Leben. Der Wagen, den Stalder selbst steuerte, war bei dem Dorf Radlett hinter einer Brücke bei einer starken Stromung der Straße umgestürzt. Stalder geriet unter den Wagen und brach das Genick, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Er war 27 Jahre alt und unverheiratet.

Der "Bauernkrieg" in Steiermark.

wb. Graz, 22. Dezember. In der Umgebung wurden gestern drei Wölfe gesichtet, auf die heute große Streifungen stattfinden.

Ein Brandungslück in London.

** London, 22. Dezember. In einem achtstöckigen, aus eleganten Wohneinheiten bestehenden Hause in der fashionablen Westendstraße brach heute nach 3 Uhr Feuer aus, und zwar im 7. Stockwerk. Furchtbare Szenen spielten sich ab. Die Bewohner flüchteten zum Teil in Nachgewandten auf die Straße. Ein Kellner verbrannte, zwei Männer und eine Frau erlitten schwere Verbrühungen. Die Bewohner der oberen Stockwerke fanden die Ausgänge abgeschnitten, da die Türen in Flammen standen. Zahlreiche Feuerwehrautos retteten die wie vergewaltigt um Hilfe rufenden Eingeschlossenen unter großer Aufregung der auf der Straße stehenden Menschenmenge mit Seiten und Stricken.

wb. Washington, 22. Dezember. Das Konferenzkomitee des Repräsentantenhauses und des Senats betrieb in gemeinsamer Nachbesserung die Geldumlaufschrift und traf über alle streitigen Punkte eine Vereinbarung, ausgenommen über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Wirtschaftskommission.

wb. Washington, 22. Dezember. Ferner beschloß das Konferenzkomitee, den "Geldumlaufschriften-Kontrollen" in dem Verwaltungsrat zu belassen. Der Bericht des Kontrolleur wird beiden Häusern noch heute vorgelegt. Man wird sich bemühen, die Verabschiedung des Gesetzes noch vor der Nacht zu sichern.

und daß im neuen Jahre weitere Verhandlungen zwecks einer endgültigen Einigung stattfinden. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß am 1. Oktober 1914 der Postdampfervertrag zwischen dem Norddeutschen Lloyd und dem Deutschen Reich abläuft, dessen Erneuerung noch keineswegs gesichert ist. Den dadurch bevorstehenden Veränderungen in der Ostasienfahrt muß natürlich der neue Verband Rechnung tragen. Man kann aber zunächst darauf gespannt sein, zu welchen Gegenmaßregeln die Rickmers-Linie schreiten wird, um ihren Gegnern in Ostasien erfolgreich entgegentreten zu können.

Berliner Nachbörsen.

S Berlin, 22. Dezember. An der Nachbörsen gewann die Tendenz bei sehr geringen Umsätzen einen etwas festeren Anstrich. Kanada-Aktien konnten sich leicht erholen, Phönix-Aktien waren etwas besser auf Deckungen. Industriewerte des Kassemarktes waren bei stiller Geschäfte vorwiegend etwas schwächer, nur Chemische Werke Albert 10 Proz. höher.

Kreditaktien	202½	Kanada	210½	Rhein. Stahlw.	150-	
Hand.-Gesell.	—	Orienthalm	198-	Rombacher	147½	
Commerzbank	107½	Meridian	100-	Pakettfahrt	132½	
Darmst. Bank	116	Pennsylvania	—	Hamburg-Süd	168½	
Deutsche Bank	243½	Henri	150½	Hans-Dampfch.	268½	
Disk.-Kommand.	185½	40 Russen (1902)	—	Lloyd	116½	
Dresdner Bank	150-	Türkenlose	167½	Dynast.-Trust	—	
Nationalbank	118½	Annetz-Friede	155½	Niphtha-Nobel	304-	
100½	Bochumer	208½	Allg.-Elektricität	234½	D.-UeberseeEl	185½
Pet. Int. Hildesb.	202½	Luxemburger	130½	Siemens	217½	
Lüb.-Büchener	124½	Gelsenkirchen	180½	Shackert	149½	
Schantungsbahn	21½	Harpener	173½	Ges. f. elektr.	—	
Lombarden	—	Hohenloewrk.	132-	Unter.	158½	
Antiolier.	21½	Lausanne	148½	South-Westaf.	112½	
Baltimore	92½	Pboket	233½	South-Westaf.	—	

Frankfurter Nachbörsen.

= Frankfurt a. M., 22. Dezember. Kurse von 1½ bis 2½ Uhr. Kreditaktien 202½, Disconto-Commandit 185½, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 203½, Staatsbahn 150½, Lombarden 21½, Baltimore und Ohio —, Nordl. Lloyd —, Pakettfahrt —, Phönix 233½ a ½ a ½, Edison 234—

Banken und Geldmarkt.

* Maßnahmen gegen betrügerischen Mißbrauch des Giroverkehrs. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hatte vor einigen Monaten seitens der Reichsbank eine Zuschrift, bei der den betrügerischen Mißbrauch der Giroeinrichtungen der Reichsbank erhalten. Dazu hat der Verband in seiner Sitzung Stellung genommen und folgenden Beschuß gefaßt: „Zur Vereitelung betrügerischer Manipulationen im Giroverkehr erachtet der Ausschuß es für dringend wünschenswert, daß mindestens bei solchen Überweisungen an Banken oder Bankfilialen, welche über einen Betrag von 5000 Mark und darüber laufen, der Eingang der Zahlung vom Giroempfänger und Girozahler bestätigt wird, und zwar unter genauer Angabe der Art der Verwendung, also nicht bloß durch die Mitteilung, der empfangene Beitrag sei „nach Vorschrift“ verwendet worden.“

* Norwegische Hypothekenzettelbriefe in Deutschland. Von der Vereinsbank in Hamburg und der Christiania Bank og Kreditkasse in Christiania sind 10 Mill. Kronen 2½ prozent bis 1924 unkundbare Fiancierbriefe der königlich norwegischen Hypothekenbank übernommen worden. Die Emission soll Anfang Januar 1915 gleichzeitig in Norwegen und Deutschland stattfinden.

* Dividendensteigerung bei der Oldenburgischen Spar- und Leihbank. Wie die Verwaltung der Oldenburgischen Spar- und Leihbank mitteilt, ist die Dividende für 1913 auf 10 Proz. (gegen 9 Proz. in den Vorjahren) zu schätzen. — Die bisherige

Dividende von 9 Proz. war seit 12 Jahren gezahlt worden. Das Institut ist bisher die einzige deutsche Kreditbank,

die eine höhere Dividende in Aussicht stellt.

Briefkasten.

(Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblatts bewahrt nur öffentliche Enthüllungen im Briefkasten, und zwar ohne Kenntnisbestätigung. Bekanntgaben können nicht bearbeitet werden.)

§. 3. Wiesbaden ab 11.07. vormittags, Frankfurt a. M. ab 11.08. ab 12.08. Berlin-Griebnitzstraße ab 10.43 abends, ab 11.00 abends. Wiesbaden ab 12.00 nachmittags

Reklamen. 

**Willkommen
Pröfus!**

Salem Aleikum Salem Gold

Goldmundstück
Cigaretten

W 34 45
3½ 45 5½ d. Stück

Konsum-Qualitäten

Keine Ausstattung

Nur Qualität

W 6 8 10
6 8 10 9½ d. Stück

Luxus-Qualitäten

In Original-Metall

Kartusche von 20 Stück

Sämtliche Nummern in
Geschenkkartons v. 50 Stück Inhalt.

Oriental Tabak Cigarettenfabrik Hoflieferant S.M.d.König v Sachsen

Dividende von 9 Proz. war seit 12 Jahren gezahlt worden. Das Institut ist bisher die einzige deutsche Kreditbank, die eine höhere Dividende in Aussicht stellt.

Industrie und Handel.

wb. Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf, 22. Dezember. (Drahtbericht) Die außerordentliche Generalversammlung der Rheinischen Metallwaren-

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag: Langgasse 21

"Tagblatt-Haus".

Schalter-Saale geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Fernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich. M. u. — zweijährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beitragsabzug. M. u. — zweijährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausländische Buchhändler, — Bezugspreise nehmen ausserdem eingezogen: in Wiesbaden die Kreisgerichte, Polizeidirektion, Polizei, sowie die Landesbehörden in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die bestehenden Ausgaben und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Abgabe: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Kuntz 5788. Bei der Abgabe von Anzeigen am vorgezeichneten Tage und Stunde wird keine Gewebe übernommen.

Dienstag, 23. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 598. • 61. Jahrgang.

Das Buch des Fürsten Bülow.

II.

Nachdem wir in der gestrigen Abendausgabe aus Fürst Bülow's Beitrag "Deutsche Politik" zu dem ersten Bande des im Verlag von Reimar Hobbing (Berlin) erscheinenden umfangreichen Werkes "Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." einen Auszug aus dem hochinteressanten Abschnitt über die auswärtige Politik Deutschlands wiedergaben, lassen wir heute einige gleich bemerkenswerte und charakteristische Stellen aus denjenigen Abschnitten folgen, in denen Fürst Bülow, der sich bisher peinlich hütete, seit seinem Rücktritt politisch hervorzutreten, zum erstenmal mit seiner politischen Erfahrung wieder zu unseren innerpolitischen Verhältnissen zu Worte kommt:

Über Staatskonserватivismus und Parteikonserватismus heißt es: "Es ist wohl zu unterscheiden zwischen einem Staatskonserватismus, dem die Regierung folgen kann, und einem Parteikonserватismus, dem keine Regierung in Deutschland folgen darf, ohne in einer unter allen Umständen verhängnisvollen Parteilichkeit zu geraten. Mit anderen Worten: Die Regierungspolitik kann so lange mit der Politik der Konserवatives Schritt halten, wie diese dem wohlverstandenen Staatsinteresse entspricht. Das war und ist nicht selten der Fall. Die Wege der Regierung müssen sich von denen der konserватiven Partei trennen, wenn die Politik der Partei dem Interesse der Allgemeinheit, das die Regierung zu wahren hat, nicht entspricht."

Über das Regieren mit wechselnden Mehrheiten sagt Fürst Bülow: "Als eine veränderliche Größe wird auch die Regierung die Parteidienste nehmen müssen. Freilich nicht nur als eine Größe, die in sich selbst veränderlich ist, sondern auch als eine Größe, auf deren Veränderung sich einwirkt. Auf die eingewirkt werden muss, wenn es das Interesse von Reich und Staat erfordert. Es ist nicht damit getan, die Mehrheiten zu nehmen, wo man sie findet und wie sie sich bilden. Die Regierung muss versuchen, sich für ihre Aufgaben Mehrheiten zu verschaffen. Das Regieren mit wechselnden Mehrheiten, von Fall zu Fall, hat gewiss seine Vorteile und Annehmlichkeiten, aber es hat auch seine großen Gefahren. Ein Allheilmittel für alle politischen Lebenslagen ist es jedenfalls nicht... Bequemer ist es ja zweifellos, zuzugeben, wie sich für ein Gesetz so oder so eine Mehrheit findet, anstatt zu sehen, wie man ein Gesetz durchsetzt, so wie es die Regierung für richtig, für segensreich hält. Der Modus, ein Gesetz juzugestagen auf den Markt zu werfen und an den Meistbietenden loszuschlagen, ist nur angängig, wenn eine Regierung so stark und logisch so gefügt ist, wie es die Bismarcks war. Vor allem darf es nur geschehen, wenn das Gesetz selbst von der Mehrheit auch in der von der Regierung gewünschten und vorgeschlagenen Form angenommen wird, wenn die Regierung führt. Läßt sie sich darüber, so wird sie nur zu leicht erleben, dass ihr Gesetz im Fader der Parteien beim gegen seitigen Feindschaften der Mehrheitsparteien bis zur Unkenntlichkeit entstellt und ganz etwas anderes, wenn nicht gar das Gegenteil von dem erreicht wird, was die Regierung eigentlich erreichen wollte. Auf solche Weise stellen sich die Mehrheiten nicht von Fall zu Fall den Gesetzen, die die Regierung einbringt, zur Verfügung, sondern die Regierung überlässt ihre Gesetze von Fall zu Fall den Mehrheiten zur beliebigen Verwendung und Uniformierung. Indem die Regierung tut, als ob sie über den Parteien stünde, gleitet sie in Wahrschau unter die Füße der Parteien."

Gegen den Vorwurf der Prinzipienlosigkeit wendet sich Fürst Bülow mit aller Entschiedenheit in einem Kapitel, das er den Parteidienstprogramm widmet. Es heißt da: "Man ist in Deutschland reich mit dem Vorwurf der Prinzipienlosigkeit bei der Hand, wenn ein Politiker oder Staatsmann unter dem Druck veränderter Verhältnisse eine früher ausgeprochene Ansicht ändert oder die Berechtigung von mehr als einer einzigen Parteidienstung gelten lässt. Die Entwicklung vollzieht sich aber nun einmal unbestimmt um Programme und Prinzipien. Vor die Wahl gestellt, eine Ansicht zu überprüfen oder eine Lorheit zu begeben, wählt ein praktischer Mann besser die erste Alternative. Zedenfalls wird sich ein Minister, der für seine Entscheidungen der Nation verantwortlich ist, den Lurum einer vorgeflossenen Meinung nicht leisten dürfen, wenn es sich darum handelt, einer berechtigten Zeitsforderung nachzukommen. Und sollte ihm dann ein Widerstreit zwischen seiner jetzigen Ansicht und früheren Meinungsäußerungen vorgehalten werden, so kann ihm gegenüber: Vorwürfe wegen Inkonsistenz, Zauderlust, Umlöffen, und wie die Schlagworte der Bulgarpolitik lauten, nur die Akinozereohaut anempfohlen werden, die im modernen Leben ohnedies nüchtern zu

sein pflegt. Es ist eine durch alle Erfahrungen erhärtete Tatsache, dass das wahre nationale Interesse noch niemals auf dem Wege einer Partei allein hat gefunden werden können. Es lag immer zwischen den Wege mehrerer Parteien. Es gilt, die Diagonale der Kräfte zu ziehen. Sie wird bald mehr nach der Seite dieser, bald nach der Seite jener Partei führen. Ein Minister, welcher Partei er auch persönlich zuneigen möge, muss den rechten Ausgleich zwischen allen berechtigten Parteidienstungen suchen. Im Laufe längerer Amtsführung und im Verlauf wechselnder Aufgaben wird er dann natürlich noch und nach von allen Parteien befiehlt werden. Das schadet aber nichts, wenn nur der Staat profitiert. Den Vorwurf politischer Prinzipienlosigkeit habe ich niemals tragisch genommen, ich habe ihn gelegentlich sogar als Vorwurf empfunden, denn ich erblickte darin die Anerkennung, dass die Staatsraison mein Kompass war. Die politischen Prinzipien, denen ein Minister nachzuleben hat, sind eben ihrem Wesen nach ganz andere als die Grundsätze, die für einen Parteimann gelten, sie sind staatspolitisch, nicht parteipolitisch."

Hochinteressant ist auch, was der Fürst über den deutschen Sondergeist sagt: "Die wilde fanatische Leidenschaft erregter Kämpfer, die sich wie ein Gewitter entlädt, aber auch gleich einem Gewitter die parteipolitische Luft reinigt, fehlt unserem deutschen Parteidienst. Aber es fehlt ihm auch die leichte Verjährlichkeit. Wenn deutsche Parteien einmal in Opposition gegeneinander gestanden haben, und es braucht dabei gar nicht um die letzten Dinge des politischen Lebens gegangen zu sein, so vergessen sie das einander nur schwer und langsam. Die einmalige Feindschaft wird gern zu dauernder Feindschaft vertieft, es wird möglich nachträglich ein prinzipieller Gegenstand der politischen Grundanschauungen konstruiert, der ursprünglich den verfeindeten Parteien gar nicht bewusst gewesen ist. Oft, wenn bekannte und wohlgemeinten Ausgleichs- und Verständigungsversuchen der unüberwindlichen Gegenstreb der Überzeugungen entgegengesetzten wird, ist dieser Überzeugungsgegenstand erst entdeckt worden nach sehr nahe zurückliegenden Parteidienstkrisen, bei denen es entweder um nebengeordnete Fragen der nationalen Politik oder gar um parteipolitische Machtfragen ging. Wer ein wenig jenseits des Parteidienstes und Parteidienstes steht, begreift oft nicht, warum unsere Parteien für die Erledigung von an sich unbedeutenden Fragen der Gesetzgebung nicht zusammenkommen können, warum sie ge ringfügige Meinungsverschiedenheiten über Details der Finanz-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik mit einer Feindseligkeit ausschütten, als gäbe es Bestehen und Vergehen des Reiches. Gewiss spielt da die lösliche deutsche Gewissenhaftigkeit im kleinen mit, aber sie entscheidet nicht. Entscheidend ist die Tatsache, dass den einzelnen Parteien die Abneigung gegen die Nachbarpartei wesentlich ist als die in Frage stehende gesetzgebende Aufgabe, die oft nur als willkommene Gelegenheit ergripen wird, den vorhandenen parteipolitischen Gegenstand recht nachdrücklich zu unterstützen."

Über die Bekämpfung der Sozialdemokratie schreibt Fürst Bülow u. a.: "Ein gewaltiges Vorwurf gegen die Sozialdemokratie kommt ohne weiteres in Frage, wenn es durch einen etwaigen gewaltsmässigen Ausbruch der sozialdemokratischen Bewegung herausgesetzt wird. Das aber ist kaum anzunehmen und ist unmöglich, wenn die Regierung ihre Aufgabe gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung mit Weisheit ansieht und mit Energie durchführt. Es gibt Politiker, die meinen, es wäre kein Unglück, wenn es zu einem gewaltmässigen Ausbruch käme, weil sich dann die Möglichkeit bieten würde, den gordischen Knoten der sozialistischen Idee mit dem Schwert zu durchschneiden und so eine endgültige Lösung zu schaffen. Sollte die Sozialdemokratie unklug und zugleich verbrecherisch genug sein, zu offener Auflehnung überzugehen, so müssten natürlich alle Rücksichten und alle Bedenken schweigen vor der Notwendigkeit, die Fundamente unseres staatlichen und kulturellen Lebens zu verteidigen. Eine solche Entwicklung aber herbeizuwünschen, ist sehr krassempfängig. Ich habe mich einmal im Reichstag darüber ausgesetzt, was von einer Politik zu halten ist, die im eigenen Lande eine gewaltmässige Entladung herbeiwünscht oder gar fordert in der Hoffnung, dann durch gewaltmässige Unterdrückung zu besseren Zuständen zu kommen. Politique de la mer rouge wurde sie in Frankreich vor 40 Jahren genannt. Man sollte das Rothe Meer durchqueren, um ins gelobte Land zu gelangen. Es liegt nun leider die Gefahr sehr nahe, dass man im Roten Meer ertrinkt und das gelobte Land niemals erreicht."

Fürst Bülow schließt seinen gesamten Beitrag für das Buch mit dem folgenden wortgewaltigen Schluss:

wort ab: "Was uns Deutschen politisch fehlt, das ist nicht zu erringen durch Veränderungen auf dem verfassungsrechtlichen Gebiete. In den Parteien, denen vermehrte Rechte zugute kämen, fehlt es ja selbst noch vielfach zu sehr an politischem Urteil, politischer Schulung und Staatsbewusstsein. Noch steht in Deutschland eine große Summe der Gebildeten, denen ja die Führung im Parteidienst gebührt, dem politischen Leben gleichgültig, wenn nicht ablehnend gegenüber. Sehr sinnige und gelehrte Männer betonen oft mit reinem Gewissen Stolz, dass sie von Politik nichts verstehen und auch nichts wissen wollen. Die Unkenntnis der allgemeinen Staatslehre ist oft erstaunlich. Die Seiten sind vorüber, in denen es für das Staatswohl nichts ausmachte, ob die Nation etwas von den Gesetzen verstand, die ihr gegeben wurden. Das Gedöns der Gesetzgebung liegt heute nicht mehr allein in den Händen mehr oder minder fach- und sachkundiger Beamter, sondern das Parlament arbeitet mit. Aber die Tätigkeit der Fraktionen vollzieht sich auch in unseren Tagen oft noch kaum anders als die ehemalige reine Beamtentätigkeit: Bei vollkommenem Verständnis- und Urteilslosigkeit weiter Kreise der Bevölkerung. Bei wirtschaftlichen Fragen regen sich wohl die Interessengruppen in Landwirtschaft, Handel und Industrie, bei einigen Spezialfragen regen sich die für die speziellen Dinge eigens gegründeten Vereine, aber im allgemeinen läuft man das Diktum der Parlamentarier mit der vollen Passivität des bekräftigten Untertanenverständes über sich ergehen. Wird dann das fertige Werk am Ende geprüft, so fehlt eine herbe Kritik ein, die sich aber auch nur auf den Einzelfall beschränkt, ohne eine Belebung des politischen Verständnisses zur Folge zu haben. Die aktive Teilnahme am Gang der politischen Geschäfte, die sich uns Deutschen, eine Interessiertheit, die nicht geringer als in mehrjährigen Zwischenräumen wiederkehrenden Wahlkämpfen erwacht, sondern sich befasst mit den großen und kleinen Fragen des staatlichen Lebens. Sodie der Gebildeten ist es, diese politische Erziehung in die Hand zu nehmen. Sodie der geistigen Führer, denen kein Volk so willig folgt wie das deutsche. Die lässige Gleichgültigkeit geistig und ästhetisch empfindsamer Naturen gegenüber dem politischen Leben, die vor Zeiten einmal unschädlich war, ist heute nicht mehr am Platze. Die Gegenwart, die voll ist von ernsten und großen politischen Aufgaben, die in den Parlamenten eine Teilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften geschaffen hat, braucht ein politisches Geschlecht. Und Regierungspflicht in dieser Gegenwart ist es nicht, dem Parlament neue Rechte zu schaffen, sondern die politische Teilnahme des Volkes in allen seinen Schichten zu erweitern durch eine lebendige, national entschlossene, in ihren Zielen große, in ihren Mitteln energische Politik. Die Kritik, die jede Politik, die nicht farblos ist, auslösen muss, ist kein Schade, wenn auf der anderen Seite positives Interesse geweckt wird. Das Schlimmste im politischen Leben ist die Erstarrung, die allgemeine schwüle Windstille. Die Ruhe ist nur dem gestattet, dem keine Blüte mehr zu erschließen bleibt. Kein Volk kann das von sich sagen. Am wenigsten das deutsche, das vor so kurzer Zeit erst einen neuen Weg zu neuen Zielen bezeichnet hat. Die Zahl der Aufgaben, die wir seit 1870 gelöst haben, ist doch klein neben der Zahl derselben, die ihrer Lösung noch barren. Wir dürfen uns des Getanen nur freuen, um aus dem Bild auf unser Können das Vertrauen zu gewinnen, mehr und Größeres zu leisten. Goethe hat uns nicht im Wagner, der zufrieden sieht, wie wir es aufrecht so herrlich weit gebracht haben, das deutsche Volk im deutschen Menschen gestaltet, sondern im Faust, der in hochspannendem Selbstvertrauen immer strebend sich bemüht und als der Weisheit lebten Schluss die Wahrheit findet: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss."

Negus Menelik II. †

R. Addio Abeba, 22. Dezember. Amlich wird bekanntgegeben, dass Negus Menelik II. gestorben ist.

Gerüchte über den Tod des Kaisers von Abessinien, Menelik II., tauchten schon seit Jahren periodisch auf, wurden aber immer wieder dementiert. Diesmal scheint die Todesnachricht allerdings wahr zu sein. Menelik wurde am 17. August 1844 als Sohn des nachmaligen Negus Ali Malakot und einer Sklavin geboren. 1855 fiel er in die Hände seines Gegners, Kaiser Theodor, der ihn eine seiner Töchter verhüttete. 1865 entfloß er nach Schar, sammelte ein Heer, nannte sich König und bekämpfte Kaiser Theodor. In diesen Wirren fiel 1888 Theodor. Theodor's Nachfolger Johannes wurde in Krieg mit Kapten vertrieben und Menelik jüngte 1876 die Gelegenheit zu dominieren, Abessinien

zur sich zu erobern, mußte sich über 1878 unterwerfen. Erst 1889, nach dem Tode Johannes in einer Schlacht gegen den Radzi, gelangte er auf den Thron.

Bekannt ist wohl noch sein Sieg über die Italiener bei Adur am 1. März 1866. Durch den darauffolgenden Frieden vom 26. Oktober zu Addis Abeba wurde er als unabkömmlingiger Fürst anerkannt.

Als Nachfolger bestimmte Menelik Iidsch Jassu und ließ am 4. Januar 1910 sämtliche Großen seines Reichs und die Soldaten dessen Anerkennung beschwören. Im März 1910 erkrankte Menelik, der schon länger leidend war, darum, daß an seinem Aufkommen gescheitert wurde und Iidsch Jassu wurde als Kaiser proklamiert. Damals wurde auch, wie wohl einstimmlich sein wird, die Kaiserin Taittu abgesetzt und entthront. Menelik erholtet sich aber wieder und Iidsch Jassu trat zurück.

Iidsch Jassu ist nunmehr 10 Jahre alt. Er heißt, wie ja auch Menelik das tat, für Deutschland freundliche Empfindungen, hat er doch von allen europäischen Sprachen zuerst Deutsch erlernt bei einer deutschen Familie. Sein Erzieher, Dr. Binnow, wurde aber bald durch einen Lehrer der koptischen Schule ersetzt.

Rußland und die deutsche Militärmission.

Die Antwort an Russland.

hd. Konstantinopel, 23. Dezember. Bei dem gestrigen Botschafterempfang beantragte der Großwirz die russischen Entschädigungsforderungen für die deutsche Militärmission in Idenburg endem Sinne. Er erklärte seine Haltung damit, daß die Partie das getrennte Vorgehen der russischen Regierung in einer Frage, die alle Mächte interessiere, nicht für zulässig halte. Die türkische Regierung sei dagegen bereit, alle hiermit zusammenhängenden Fragen der Entscheidung der Mächte zu unterbreiten.

Die Stimmung in Konstantinopel.

△ Konstantinopel, 23. Dezember. (Eigener Bericht des Wiesbadener Tagblatts). Die Ablehnung der russischen Forderungen aus Anlaß der deutschen Militärmission hat außerordentlich beeindruckt gewirkt. Jetzt glaubt man, daß auch Frankreich nicht mehr zögern wird, mit dem baldigen Abschluß der großen Anleihe, zumal auch besonders wirtschaftliche Vorteile den Franzosen gewährt werden. Mit der Auszahlung des ersten rückständigen Monatsgehalts der Beamten wurde der Anfang gemacht.

Diner beim Botschafter v. Wangenheim.

hd. Konstantinopel, 23. Dezember. Gestern abend gab der deutsche Botschafter ein Diner zu Ehren der deutschen Militärmission. Am Sonntag hat General Lüttichau v. Sanders die Parade der Kadetten abgenommen.

Eine Äußerung des deutschen Kaisers.

hd. Konstantinopel, 23. Dezember. General Lüttichau v. Sanders hat in einer Unterhaltung mit einer österreichischen Persönlichkeit erklärt, daß noch vor seiner Abreise von Berlin der Kaiser zu ihm gesagt habe: Reisen Sie ruhig nach Konstantinopel und seien Sie unbesorgt. Sie werden dort nicht belästigt werden.

Der türkische Botschafter in Russland.

Petersburg, 22. Dezember. (Herold-Bureau.) Von hoher Regierungseite wird versichert, daß der türkische Botschafter am Barenhof Turhan-Pascha als ein Opfer des russisch-türkischen Konflikts seinen Posten verläßt. Als sein Nachfolger wird der ehemalige Botschafter in Berlin Osman Nisam-Pascha genannt, jedoch wollen die nationalistischen Kreise von seiner Ernennung nichts wissen, so daß er zu deutlich undlich sei. — Aus Livadia wird gemeldet: Der Kaiser empfing den türkischen Botschafter Turhan-Pascha in Abschiedaudienz. Der Botschafter wurde darauf zur Frühstückstafel geladen.

Hohe Auszeichnungen der englischen Neorganisationsoffiziere.
wb. Konstantinopel, 23. Dezember. Dem englischen Admiral Simpson-Pascha ist der Großorden des Roten Kreuzes verliehen worden. Die übrigen Offiziere der englischen Marinebrigade wurden mit anderen Orden des selben Ordens dekoriert.

Die Vermittelung im Krankenkassenkonflikt.

Die fortgesetzten Verhandlungen.

wb. Berlin, 23. Dezember. Die Einigungsverhandlungen im Krankenkassenkampf sind gestern fortgesetzt worden. Es sind sehr große Schwierigkeiten zu überwinden. Unmittelbar an die Besprechungen der befassten Regierungsvertreter mit den Kräften schlossen sich solche mit den Vertretern der Kranken-

kassenverbände. Nachdem die Regierung deren Ansichten gehört hat, wird sie heute wieder allein mit den Kräften verhandeln und, je nach dem, kommt es dann möglicherweise zu gemeinsamen Verhandlungen.

Heute abend die Entscheidung?

Berlin, 23. Dezember. Heute morgen um 11 Uhr soll eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der Regierung, der Kräfte und der Krankenkassen stattfinden, die voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen wird, so daß erst im Laufe des Dienstagsabends die Entscheidung fallen wird.

Erneute Einigungsversuche in Dresden.

Dresden, 22. Dezember. Unter Mitwirkung des Verhandlungsausschusses finden gegenwärtig abermals zwischen den Vertretern der Ortskasse, sämtlicher Betriebskassen und Innungskassen von Dresden Verhandlungen mit den Arztrepresentanten statt. Man erhofft davon einen friedlichen Vergleich.

Warnungen vor dem Provisoriumsvorschlag.

Leipzig, 23. Dezember. Bei dem Vorstand des Leipziger Verbandes sind zahlreiche Drähte eingelassen, in denen von den örtlichen Organisationen auf Grund des Standes der Dinge von der Annahme einer einstweiligen Regelung der Arztrechte abgeraten wird.

Solidarität der bayerischen Ärzteschaft.

* München, 22. Dezember. Gestern fand hier eine Versammlung von Vertretern der gesamten bayerischen Ärzteschaft statt, die sich mit der übrigen deutschen Ärzteschaft solidarisch erklärte und beschloß, in ganz Bayern keine Kostenarztkontrakte zu unterzeichnen, wenn nicht eine Beleidigung des Streits im Reiche erfolgt oder die Genehmigung für ein selbstständiges Vorgehen von der Zentrale gegeben wird. Sodann sprachen die Ärzte die Hoffnung aus, daß doch noch in leichter Stunde ein gütlicher Ausgleich zwischen beiden Parteien zu stande kommt.

Gründung eines Vereins sozialdemokratischer Ärzte!

Berlin, 23. Dezember. Hier ist die Bildung eines Vereins sozialdemokratischer Ärzte im Entstehen begriffen. Eine Besprechung, an der etwa 100 Ärzte teilnahmen, hat bereits stattgefunden. Zum vorläufigen Geschäftsführer ist der Stadtverordnete, praktische Arzt Dr. Babel gewählt worden. Es soll sich hierbei um eine Organisation handeln, die die einzelnen Ärzte, die ungeachtet des Krankenkassenauftretens für die Kosten tätig sind, gegen das Vorgehen anderer Berufsvereine schützen will.

Politische Übersicht.

Der Gipfel aller Unbegreiflichkeit.

Die „Kölnische Zeitung“, also ein Blatt, das sich der besten Beziehungen zur Wilhelmstrasse rühmen kann, geht mit dem Berliner Polizeipräsidium wegen seines (auch in unserer heutigen Morgen-Ausgabe erwähnten) Strafanfalls gegen das Böhmische Prinzip in der „Kreuzzeitung“ in einem Berliner Telegramm ihrer heutigen zweiten Morgen-Ausgabe wie folgt dorthin ins Gericht:

„Was zunächst den sachlichen Inhalt dieser Erklärung angeht, so muß es wundernehmen, daß sich der Polizeipräsident einstellt über den Zustand, wie er von dem Gericht in Strasbourg festgestellt worden ist, hinwegseht. Daß militärische Übungen Alle der Staatshoheit sind, wird niemand bestreiten, und daß die Beleidigung von Hindernissen, die ihnen bereitet werden, ebenfalls Alle der Staatshoheit sind, ebenso wenig. Daß aber der verkleidete Schuster von Detmold einer militärischen Übung ein Hindernis bereitet hat, das ist denn doch eine juristische Feststellung, die vor dem Berliner Polizeipräsidium wohl kaum ein rechtlich gebildeter Mensch vertreten hat. Weit bedenklicher als diese sonderbare Feststellung ist die Mahnung des Polizeipräsidiums an das Berufungsgericht. Man hat dem Reichsangler während der Debatte über die Vorgänge in Gabern alle möglichen Vorwürfe, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, gemacht; das eine ist ihm von allen Seiten lobend angewilligt worden, daß er in durchaus korrekter Weise, trotz mancher Anfeindungen, sich gewehrt hat, zu einem schwedenden gerichtlichen Vorzuhören Stellung zu nehmen. Man hätte wünschen müssen oder vielmehr verlangen müssen, daß Herr v. Jagow mit Rücksicht auf seine hervorragende amtliche Stellung in diesem Punkte dem Beispiel des obersten Beamten des Reichs gefolgt wäre. Seine jetzige Kritik an dem Verfahren des ersten Instanzgerichts und seine unberechtigte Mahnung an die zweite Instanz stellen eine Durchrechnung des Grundjages dar, der bisher in der Öffentlichkeit Deutschlands ohne Unterschied der Parteien genau beobachtet wurde und seine Berechtigung in dem unerschütterlichen Vertrauen zu der Objektivität unserer Gerichte sond, daß sich nämlich eine Kritik an einem gerichtlichen Verfahren so lange zurückzuhalten habe, bis das Urteil seine

Rechtskraft erlangt hat. Wenn die Berufungsinstanz einer Befreiung oder neuer Unterlagen, die der ersten Instanz entgangen waren, bedürfte, so war die Verteidigung des Vermögens v. Kottnat die einzige Instanz, die zur Schaffung solcher neuen Unterlagen für den Prozeß berechtigt war. Die vorgebrachte Kritik des Herrn v. Jagow enthält aber nicht nur eine gewisse Geringfügigkeit gegenüber dem ersten Instanzgericht und dem Anschein einer beeinflussenden Absicht gegenüber der Berufungsinstanz, sondern ist auch geeignet, die durch die Böhmische Vorgänge entstehende politisch-fachliche Erregung der Bevölkerung, die durch die anerkannte Objektivität der bisherigen gerichtlichen Untersuchungen und Verhandlungen sich wesentlich verringerte, auf neue Empfinden zu lassen. Man muß aufs allerbeste mißtrauen, daß die vorgebrachte Stelle sich zu dieser unnotigen und schädlichen Auflösung einer so autoritativen Persönlichkeit in der Zivilbeamtenchaft wie des Herrn v. Jagow äußert und den Berliner Polizeipräsidienten in die Grenzen seiner amlichen Tätigkeit zurückweist, die wirklich weit genug gesteckt sind.“

So, wie gesagt, das genannte nationalliberale Kölnische Blatt, dem in der schwärmsten Verurteilung dieser neuen geradezu unbegreiflichen Berliner Diktatlosigkeit die weitesten Kreise nicht ohne Bedauern zusimmen werden. Denn es ist wirklich ein geradezu lächerliches Schauspiel, zu sehen, wie einer der höchsten Berliner Beamten — natürlich ein Stadtkonservativer — sich über die Gründlichkeit des politischen Falles hinwegsieht und die Politik seines obersten Vorgesetzten, des Reichsministers, in einer überaus delikaten Frage, die zu den schwersten innerpolitischen Verwicklungen geführt hat, durchsetzt. In der Tat, das Kölner Blatt hat durchaus recht, wenn es von den vielen Unbegreiflichkeiten, die die leidige Böhmerfrage aufgeworfen hat, diese neueste Kundgebung des Berliner Polizeipräsidienten v. Jagow nach ihren Motiven und nach ihrer sachlichen Verichtigung den Gipfel aller Unbegreiflichkeit nennt. In der Tat, mit dem nötigen Respekt vor dem Reichsminister scheint es nicht weit her zu sein, wenn ein so hoher Beamter einen solchen Schritt tut. Man wird doch wohl erwarten dürfen, daß eine energische Zurückweisung dieses junferlichen Streiches so bald wie möglich erfolgt.

Die Lage der christlichen Gewerkschaften.

Von einer besonders unterrichteten, durch ihre Beziehungen zum Urteil betroffenen Persönlichkeit erhalten wir die nachstehenden gut beglaubigten Aufschlüsse: Ein bemerkenswertes Zusammentreffen zweckt, in der Richtung gleichwidernden Erhebungen liegt darin, daß der Kölner Erzbischof von Hartmann den christlichen Gewerkschaften eine öffentliche Anerkennung und Empfehlung zuteilt werden ließ, die nach seiner bisherigen Haltung doch ein wenig verwunderte, und daß gleichzeitig, ebenfalls in Köln, der Prozeß begann, der die genannten Gewerkschaften von dem Vorwurf reinigte, sich den katholisch-kirchlichen Instanzen unterworfen zu haben. Ein Vorwurf ist das ja nur vom vorstädtisch-gewerkschaftlichen Standpunkt. Gleich die Gewerksvereine ihren protestantischen Mitgliedern jähzun, so mügten die katholischen Führer darin nicht einen Vorwurf, sondern ein Lob erbliden. Die Kölner Verhandlung bedeutet aber in der wandlungsbreichen Geschichte der christlichen Gewerkschaften um keineswegs einen bedeutsamen Punkt, weil die gerichtliche Widerlegung jenes Vorwurfs und seine Abschaffung als Beleidigung unter erheblicher Mitwirkung katholischer Bischöfe und Prälaten erfolgt ist. Obwohl sie hierzu lediglich durch ihre Staatsbürgerschaft gezwungen wurden und sich vielleicht freiwillig zu einer Rechtfertigung des Gewerkschaften nicht gedrängt haben würden, so wird der Tatsache selbst doch eine größere Bedeutung und Wirkung unmöglich abgesprochen werden können. Immerhin ist die Haltung der Bischöfe vorzüglich. Bischof Schulte in Paderborn (dessen kommissarische Vernehmung übrigens, wie ich höre, sechs Stunden in Anspruch genommen hat) gilt zwar als das gewerkschaftsfreundlichste Mitglied des deutschen Episcopats, aber er hat gleichwohl theoretisch nichts von dem kirchlichen Einspruchrecht in wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Dingen preisgegeben und lediglich darauf den Nachdruck gelegt, daß eine praktische Anwendung dieses Rechts längst ebensoviel stattfinden werde wie früher. Vielleicht gestalten sich die Beziehungen zwischen den christlichen Gewerksvereinen und den kirchlichen Organen nachstens etwas besser oder, richtiger ausgedrückt, reibungsärmer als in den letzten Jahren. Es sind verschiedene Anzeichen dafür da, daß in Rom der Wind etwas umgedreht ist. Ob daran das Verscheiden des bei Lebzeiten so einflußreichen Bibes v. Lutz oder ein Wandel des Urteils über einige Vertreter der konfessionalistischen Richtung den größeren Anteil hat, läßt sich aus der Ferne nicht beurteilen. Aber die Tatsache wird sich bald bemerkbar machen.

Von den „Schlagern“ aus Gilberts Operetten „Polnische Wirtschaft“, „Autoliebchen“ und „Puppen“ sind über eine Million Stück im Musikalienhandel abgesetzt worden. Während es kaum mehr möglich ist, für wertvolle Gesangs- und Klavierkompositionen ernst Künstler auch nur die Druckosten aufzutragen, werden so Umsätze für Noten verzeichnet, die in einem Jahre Milliarden sind!

Der Deutsche Verein für Kunstmuseumswissenschaft, der unter dem Protektorat des Kaisers steht, hält seine diesjährige Jahressitzung am 8. Januar 1914 im Kunsthistorischen Hörsaal der Universität Bonn ab. Als Jahresgabe erscheint nicht, wie in Ansicht genommen, ein Werk über das berühmte rheinische Rolotenschloß Benrath, sondern eine große Veröffentlichung des Mainzer Goldschmiedes der Kaiserin Gisela, der jüngst dem Kaiser geschenkt und von ihm dem Berliner Kunstmuseum überwiesen worden ist.

Der Vorstand der Vereinigung der Burgen in Berlin bereitet auch für diesen Winter wieder einen Vortrag mit Bildern vor, zu dem das Erscheinen des Kaisers in bestemmauer Aussicht steht. Den Vortrag wird Professor Bodo Ehardt halten, und zwar über das Thema „Burgen und Schlösser“.

Wissenschaft und Technik. Die Badische Akademie von Karlsruhe plant mit Unterstützung des Staates die Errichtung eines Palaeontologischen Instituts, das in erster Linie der allgemeinen Bodenkunde, dann aber auch den Arzten zur Fortbildung und zum Studium dienen soll. Mit der Leitung der Anstalt soll ein hervorragender Palaeontologe bestellt werden.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

— Königliche Schauspiele. In der gestrigen Aufführung von A. Kochings Oper „Der Waffenschmied“ gaßierte Herr Schwarz vom Hamburger Stadtkörper als „Knappa Georg“. Die Darbietung zeigte das herkömmliche Tenorbuffo-Gepräge, ohne durch besondere individuelle Züge hervorzutreten. Es mag ja auch schwer sein, solchen etwas konventionellen Opernfiguren noch neuen Anreiz abzugeben; das könnte wohl nur durch eine außergewöhnlich schöne Stimme und exquisite Gesangskunst geschehen. Genug also, daß Herr Schwarz durch seine Darstellungskunst frisch und lebendig angeregt — zuweilen sogar etwas aufgeregelt — in die Handlung eingriff, und auch durch bewegliche Mimik die Pointen der Rolle willksam unterstützte. Das Organ ist trocken und ausgedingt genug, doch bei seiner hellen Färbung nicht ganz härtig; nicht so komisch anhängig wie das junge neulich als „David“ gaßierenden Tenorbuffo. Die Textaussprache — so wichtig für dieses Fach — blieb durch grobe Deutlichkeit gekennzeichnet. Der Vortrag der Polacco im 1. Akt „Man wird ja einmal nur geboren“ — zeigte Leben und Laune; mit den wohl nicht ganz ohne Anstrengung herausgeschmeierten Schlüpfen forderte der Sänger unwillkürlich den Beifall heraus —, den er auch erhielt. O. D.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Die frühere Mezzosopranistin unserer Kgl. Hofbühne Else Voigt, jetzt erste Altstimme am

Posener Stadtkörper, hat sich mit dem Bariton Rudolf Gerhart vom Stadtkörper in Königsberg verlobt. Zum gestrigen 60. Geburtstag von Teresa Carreno ist noch zu berichten, daß die Künstlerin in Taracab geboren wurde und für ihre venezianische Heimat später die Nationalhymne komponierte. Mit 18 Jahren trat sie zuerst auf. 1889 kam sie nach Deutschland, wo diese vielgewanderte Frau am liebsten blieb. Ihre musikalische Begabung hat sie auch in Heiteren Kompositionen, manchmal sogar als Dirigentin und Sängerin betätigt. Ihr zweiter Gatte war Eugen d'Albert, jetzt ist die Künstlerin mit dem Bruder ihres ersten Gatten, Saure, vermählt.

Sommerfänger Eric Schmedes ist vor einigen Tagen in Wien ausgegliedert, wobei er sich eine Rippe der rechten Seite brach. Schmedes wurde sofort in ein Sanatorium gebracht und mit Röntgenstrahlen durchleuchtet. Er kam dann in häusliche Pflege. Sollte die Genesung des Künstlers längere Zeit auf sich warten lassen, so wäre die Aufführung von „Barifal“ an der Wiener Hofoper gefährdet.

Kammerfänger Kurt Federlich, welcher in letzter Zeit wiederholte am Neustrelitzer Stadtkörper als der Diavolo und George Brown gastierte, wurde vom Großherzog persönlich durch Verleihung des Ordens für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet.

Der Regisseur des Kgl. Stadtkörpers, Hermann Behr, ist für das Kgl. Theater in Kassel als Opern-Regisseur verpflichtet worden. Er tritt somit an die Stelle des ausscheidenden Herrn Thiel.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorlage des Chefs des Kabinetts. Bürlichen Geheimen Rats von Valentini und des Finanzministers Dr. Lenne.

Der Kronprinz wird mit seiner Familie die Weihnachtsfeiertage noch in Danzig verleben und Anfang Januar nach Berlin überziehen.

Prinz Eitel Friedrich, der Statthalter von Bremen traf am Sonntagnachmittag in Stettin ein, um an der Weihnachtsfeier des Offizierkorps des Regiments teilzunehmen.

Prinz Leopold von Preußen (Sohn) wurde nach einer Meldung aus Wien in besonderer Privataudienz vom Kaiser Franz Joseph empfangen.

* Rücktritt des braunschweigischen Staatsministers. Staatsminister v. Hartwig beantragte wegen seines Gesundheitszustandes seine Verabschiedung in den Ruhestand, die ihm der Herzog zum 1. Februar 1914 genehmigte. In Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das Herzogtum verlieh ihm der Herzog die Brillanten zum Großkreuz des Ordens Heinrich des Löwen.

* Die Antwort der Welfen an die „Norddeutsche Allgemeine“. Die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ der hannoverschen Welfenpartei, schreibt gestern in Erwiderung auf die Angaben in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Samstag: Da die deutsch-hannoversche Partei die Erfüllung ihrer Wünsche lediglich erzielte durch eine freie Tat der deutschen Fürsten und des deutschen Volkes, wobei ja in erster Linie Preußen in Frage kommt, so ist es einsichtig selbstverständlich, daß auch Freiherr v. Schiele die Verwirklichung unserer Bestrebungen einzig und allein auf diesem Wege im Auge gehabt hat. Wenn in der offiziösen Notiz aber erneut betont wird, daß diese Bestrebungen aussichtslos seien, so gehen eben darüber die Ansichten auseinander. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß nach unserer Überzeugung der Ernst der Zeiten bei allen deutschen Stämmen und auch beim preußischen Volke immer mehr Verständnis für den Reichsgedanken werden und die Erkenntnis in immer weitere Kreise tragen wird, daß nur durch die grundsätzliche Rückkehr zu dem Recht die immer mehr wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten überwunden werden können. Dafür steht ja heute freilich vielfach das Verständnis. Aber schon oft haben sich im Laufe der Zeiten die Ansichten auch der Staatsmänner und Politiker gewandelt und ein „Niemals“ ist unseres Erachtens im öffentlichen Leben um so weniger am Platze, wenn es sich wie bei unseren Bestrebungen um die Vertretung des ewigen Rechts handelt.

* Der Entwurf eines neuen Wechselrechts. Wie die „Post“ mitteilte, wird der Entwurf eines neuen deutschen Wechselrechts dem Reichstag zugehen. Die Beratung des neuen Wechselrechts wird im Reichstag lange Zeit nicht in Anspruch nehmen, da der Entwurf seinem Inhalte nach bereits durch ein Abkommen festgelegt ist.

* Die Novelle zur Besoldungsordnung der Reichsbeamten ist soweit ausgestaltet, daß sie anfangs Januar dem Bundesrat zur Beratung zugehen kann.

* Eine Denkschrift über die Rüdlagen der Berufsgenossenschaften wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen. Die Denkschrift untersucht, ob die gesetzlichen Vorschriften über die Rüdlagen der Berufsgenossenschaften einer Abänderung bedürfen. In der Denkschrift sind die Erstörungen bis zum Schluß des Jahres 1912 berücksichtigt. Im allgemeinen genügen die bestehenden Vorschriften, so daß eine größere Abänderung nicht notwendig erscheint. So weit dies notwendig ist, soll eine entsprechende Vorlage dem Reichstag im Laufe des nächsten Jahres zugehen.

* Die Fuldaer Bischofskonferenz über die weibliche Kleidung. Der kirchliche Anzeiger für die Erzbistüme Köln veröffentlicht mehrere Verküsse, welche die diesjährige Fuldaer Bischofskonferenz über die sexuelle Auflösung gefaßt hat und in denen es heißt, daß im allgemeinen die sexuelle Auflösung der Jugend mit größter Voricht und Zurückhaltung zu behandeln sei. Eine gemeinsame sexuelle Auflösung von Schülern und Schulklassem sei zu verwerfen. Gemeinsame turnerische Veranstaltungen oder turnerische Aufzüge von Knaben und Mädchen dürfen nicht gebilligt werden, und ebensoviel seien gemeinsame Männer- und weibliche heranwachsende Knaben und Mädchen und mehrläufige Wandergesellschaften von Mädchen allein gestattet. Auch die öffentlichen Schwimm- und Turnaufzüge seien zu verwerfen. Zum Schluß heißt es: „Auf diese Weise ist es zu beklagen, daß die weibliche Kleidung gegenwärtig in weiten Kreisen bei Kindern und Erwachsenen schamlos geworden ist, und die Konferenz würde es lebhaft begrüßen, wenn der katholische Frauenbund einen mutigen, entschiedenen und beharrlichen Kampf auf der ganzen Linie gegen jene schmachvolle Verirrung aufnehmen wollte.“

* Schlusseier des Meier Katholikentages. Als Schlusseier des Meier Katholikentages fand Montagabend in der Liebfrauenkirche zu Wey der statutenmäßig vorgeschriebene Dankgottesdienst statt, an dem namentlich die Mitglieder des Lokalkomitees zahlreich teilnahmen. Bischof Benzler hielt eine Ansprache in deutscher und französischer Sprache.

* Der Bund der technisch-industriellen Beamten erledigte in Berlin in zweitägigen Beratungen die Tagesordnung seines 11. ordentlichen Bundesrates, auf der neben internen Angelegenheiten an erster Stelle die Frage des Koalitionsrechtes stand. Es gelangte eine Einigung zur Annahme, in der die Agitation der Arbeitgeber für ein gleichliches Verbot des Streikpostenrechtes oder sonstige Maßnahmen gegen den angeblichen Organisationszwang der Gewerkschaften als ein systematischer Versuch, den Angestellten und Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen oder doch nach Möglichkeit zu erschweren, bezeichnet wird. Auch gegen den Hansabund wurde diesbezüglich eine Resolution angenommen. Eine Reihe von Anträgen, die dann zur Verhandlung gelangten, betrafen die Werbetätigkeit, den Aufbau der Unterstützungsseinrichtungen und Verwaltungsangelegenheiten. — Nach einem Bericht der „Köl. Ztg.“ wurde in vorgerückter Stunde mit 18 gegen 17 Stimmen bei einer Stimmenthaltung ein Wiederanstandsbescheid gegen den Vorstand angenommen, das zum Ausdruck bringt, der Vorstand habe schuld an der geringen positiven Ausbeute der Bundesarbeit; wieder im Fall Lüdemann noch in den nachfolgenden Differenzen hat er es vermocht, eine gerechte Lösung herbeizuführen. Hierauf legt der bisherige Vorstand seine Amter nieder. 15 befürwortete Beamte erklären sich mit ihm solidarisch und reichen ihre Kündigung ein. Bei der nun folgenden Neu-

wahl des Vorstandes verzichtete der alte Vorstand auf Wiederwahl. Von den dann vorgeschlagenen Kandidaten erhielt feiner die absolute Majorität. Die Wahl blieb ergebnislos. Es zeigt sich, daß der Bundesring in zwei so gleich starke Teile zerfällt. Es soll nun darüber beraten werden, ob die Entscheidung der Mitglieder in dieser Frage angerufen werden soll, da es zweifelhaft erscheint, ob sich auf diesem Bundestag eine Einigung erzielen lassen wird.

* Das Scherbergericht gegen Wittl. Gegen den zweiten Vorsteher des Gemeindekollegiums München, Genosse Wittl, ist bei dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagwahlkreis München das Parteiverfahren beantragt worden wegen der Teilnahme des Genossen Wittl am Empfang des deutschen Kaisers im Münchner Rathause. Die dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins zugegangenen Anträge fordern die Ausschließung des Genossen Wittl aus der sozialdemokratischen Parteorganisation.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Arbeiten der sogenannten „kleinen Strafrechtskommission“, die sich mit der Aufstellung eines Einführungsgesetzes für das neue Strafrecht beschäftigt, werden voraussichtlich im Hochsommer 1914 beendet werden können. Die Kommission ist am 23. Oktober zum erstenmal zusammengetreten und hält wöchentlich drei Sitzungen ab. Der Vorstand ist dem Reichsgerichtsrat Dr. Ebermayer übertragen. Ferner gehören der Kommission an: Geh. Oberregierungsrat Dr. Jos. Geh. Oberjustizrat Cormann, Kammergerichtsrat Dr. Kleine, Ministerialrat Meier (München) und Professor Dr. v. Frank (Tübingen).

Heer und Flotte.

Der frühere Kriegsminister Bronhart v. Schellendorff hat am Sonntag seinen 80. Geburtstag gefeiert. Am 14. August 1898 wurde er aus Gesundheitsgründen von seinem Amt als Kriegsminister, das er drei Jahre lang verwaltet hatte, entlassen und unter Ernennung zum Generaladjutant zum Dispositioen gestellt.

Erichung einer Inspektion des Unterseebootwesens. Wie die „Köl. Volkszeitung“ hört, beabsichtigt die Marineverwaltung im Laufe des nächsten Jahres eine selbständige Inspektion des Unterseebootwesens mit dem Standort in Kiel zu schaffen. Die Inspektion des Unterseebootwesens wird von der Inspektion für das Torpedowesen, der bisher auch die Unterseebootsverbände zu Lande und zu Wasser unterstellt waren, abgetrennt werden. Der Dienstbereich dieser neuen Inspektion wird die Weiterentwicklung und die Ausbildung der Unterseeboote und des Unterseebootpersonals in gleicher Weise umfassen, wie dies bei der Inspektion des Torpedowesens für die Torpedos und ihr Personal der Fall ist.

Freie Urlaubskreisen in die Heimat. Nach Bisher 33 der Allerhöchsten Kabinettorder vom 4. Juli 1913 darf den Unteroffizieren vom Feldwebel (Wachtmeister) abwärts und den Gemeinen im Falle der Urlaubserteilung in die Heimat oder nach dem Wohnsitz der Eltern und nächsten Angehörigen in jedem Dienstjahr eine freie Hin- und Rückfahrt auf den Eisenbahnen innerhalb Deutschlands zum Militärfahrtpreise bewilligt werden. Hierzu wird bemerkt, daß als „Heimat“ des Beurlaubten der Geburtsort und dessen nächste Umgebung gilt. Im Zweifelsfall bleibt die Entscheidung dem Regiments- oder selbständigen Bataillonskommandeur überlassen.

Verneigter Urlaub erfäßtlicher Recruten. Wie der „Eiserner“ mitteilt, erhält ein Teil der aus Bayern stammenden Wehrmachtsurlauber, die bis zum 28. Urlaub hatten, gestern morgen telegraphisch den Bescheid, wieder in ihren Garnisonort zurückzukehren. Die aus Bayern stammenden Recruten des 99. Infanterie-Regiments haben in diesem Jahre keinen Urlaub erhalten. (Eine gleiche Meldung war schon früher einmal aufgetaucht, ist aber alsbald dementiert worden. Schrifl.)

Ein Militär-Luftschiffshafen in München. Die bayerische Militärverwaltung hat sich bereit erklärt, falls in München ein Luftschiffshafen errichtet würde, die gleiche Unterstützung zu leisten, den die preußische Militärverwaltung für den Bau von Luftschiffshäfen beisteuert. Es sind Verhandlungen im Gange, daß die bayerische Heeresverwaltung demnächst einen Luftschiffshafen erhält.

Die alte Kaiserjacht „Hohenzollern“ wird im Februar die letzte Mittelmeerausfahrt antreten und im Juli zum letztenmal Norwegen besuchen. Im Herbst 1914 wird die Zahl ihrer Dienst gestellt, da bis dahin in der Hauptfahrt der Erfahrbau, der auf dem „Vulcan“ in Stettin gebaut wird, fertiggestellt sein wird. Anfang 1915 soll die neue „Hohenzollern“ in Kiel Probefahrten machen und alldann in Dienst gestellt werden. Die alte „Hohenzollern“ soll Spital- und Lazarettsschiff für den Kriegsfall werden.

Deutsche Schutzgebiete.

Neue deutsche Bahnlinien in China. Wie die „Fris. Ztg.“ aus Berlin erfährt, sind zwischen Deutschland und China Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß gekommen, die neue deutsche Bahnlinien in Nordchina vorzehren. Es handelt sich um zwei Linien, 1. Eine Bahn von Kaumi (an der bisherigen Schantungsbahn) nach Tschiafu und darüber hinaus an dem Schnittpunkt der Tientsin-Pusanbahn mit dem alten Kaiserkanal etwa in Hantschuan. 2. Um eine Verbindung zwischen der Tientsin-Pusan und der Peking-Hankou-Bahn, und zwar von Tsingtau ungefähr nach Schantung. Beide Bahnen werden als chinesische Staatsbahnen vom chinesischen Verkehrsministerium gebaut, das zum Vater Bahn sich deutschen Kapitals, deutscher Materialien und eines deutschen Chefsingenieurs und Betriebsleiters bedienen wird. Die näheren Bedingungen der Tracierung und Finanzierung werden von Spezialkommissionen Chinas und Deutschlands sofort festgesetzt werden, man hofft damit in einem Vierteljahr zu Ende zu kommen, so daß noch im Jahre 1914 mit dem Bahnbau begonnen werden könnte. Werden beide Bahnen nicht gleichzeitig gebaut werden können, so soll zuerst die Strecke Kaumi-Tschiafu in Angriff genommen werden. Die Bahnen Schantung, also die deutsche Schantungsbahn und die chinesischen Staatsbahnen Tientsin-Pusan, Kaumi-Schantung und Tsingtau-Schantung werden in freundschaftlicher Weise ihre Tarife vereinbaren und ausgleichen. Jeder Bahn wird auf Tarifmaßnahmen der andern durch die sie für geädigt glaubt, eine Einwirkung in gemeinsamen Verhandlungen zugestanden werden. Auf diese Weise soll eine gemeinsame Arbeit aller Bahnen an der Erschließung der in Betracht kommenden Provinzen gesichert werden. Der Kapitalbedarf für beide Bahnen wird auf ungefähr 70 bis 80 Millionen Mark geschätzt.

Der zulässige „König“ von Albanien. Budapest, 20. Dezember. Aus Monastir wird dem Budapester „Hirlap“ telegraphiert, daß Prinz zu Wied auf Verlangen der Dreikönigsmächte den Titel eines Königs von Albanien führen werde, und zwar deshalb, weil Montenegro, welches viel kleiner sei, auch ein Königreich sei. Die Regierung des Königs werde vorläufig Valona sein. — Wie die „R. P. R.“ aus diplomatischen Kreisen hört, beabsichtigt die albanische Abordnung, die dem Prinzen zu Wied die Krone von Albanien anbieten soll, nach zu diesem Zweck noch neuwied zu begeben, wo der Prinz bei seinen Verwandten das Weihnachts- und Neujahrsfest zu verbringen gedenkt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Eine Interpellation gegen den Ostmärktenverein. Wien, 22. Dezember. Eine Interpellation über die Tätigkeit des Deutschen Ostmärktenvereins hat der Abg. Rosner (Pole) der österreichischen Delegation angekündigt. An den Minister des Außenwesens wird die Forderung gestellt, die geeigneten erreichenden Mittel zu ergriffen, um die gegen die innere Kolonialisierung des österreichischen Staates gerichtete Tätigkeit des Deutschen Ostmärktenvereins zu verhindern. — (Es handelt sich um angebliche Bemühungen des Deutschen Ostmärktenvereins, eine Annäherung zwischen Ruthenen und Polen in Galizien zu verhindern. Schrifl.)

Zum Militärbefreiungsdienst in Ungarn. Budapest, 22. Dezember. Nach umfassenden Untersuchungen der Behörden wurde der Bezirkssarzt Dr. Joseph Tinn in der Stadt Apán in Südburgenland plötzlich verhaftet. Er gestand die planmäßige Enthauptung von Recruten gegen Schmiergelder in dem Verhör ein. Aus der Vernehmung geht hervor, daß er ein Vermögen von 700 000 Kronen, das er in großen ungarischen Güterläufen anlegte, durch die Befreiung von etwa 17 000 Recruten erworb. Eine Reihe von mittelbigen Beamten im königlichen Dienst ist teils ihrer Amter enthoben, teils siehen sie unter polizeilicher Aufsicht. Dem Kaiser Franz Joseph ist Bericht erstattet worden.

Frankreich.

Descaissé Nachfolger in Petersburg. Paris, 22. Dezember. Zum Nachfolger Descaissé ist Jacquin de Margerie, der Hilfsdirektor der politischen Abteilung im Außenwärtigen Amt in Paris, in Aussicht genommen. De Margerie ist mit einer Schwester des Dichters Edmond Rostand verheiratet und war früher diplomatischer Vertreter Frankreichs in China, Amerika und der Türkei. — Nach einer anderen Version soll der Generalsekretär von Marolle, Biarritz, der in Paris eingetroffen ist, zum Nachfolger für Descaissé aussehen sein.

Gaillaux über die erste Finanzlage. Paris, 22. Dezember. Die Kammer beriet weiter den Gesetzentwurf, betreffend die Soldabgaben der Offiziere und Unteroffiziere. — Kriegsminister Rouen s kündigte an, er werde im Januar einen Gesetzentwurf über die Verjährung der Rades vorlegen. — Faure s stellte eine Reihe von Fragen über die Finanzlage und über die Notwendigkeit, die Gehälter der Civilbeamten zu erhöhen. Man müsse schriftlich vorgehen, aber es sei sicher eine der Voten, die für die künftigen Budgets vorzusehen seien. Das Parlament müsse entschlossen der Finanzlage begegnen, die durch die Umstände und das abgegebene Budget geschaffen worden sei. Die einzige finanzielle Politik, die der Schaffung von Hilfsquellen durch Steuern auf den erworbenen Reichtum. — Sodann wurde der Gesetzentwurf mit 415 gegen 81 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Rußland.

Die beschlossene Föllgebietseinverleibung Finnlands. Petersburg, 22. Dezember. Am 23. d. M. wird im Finanzministerium eine Versammlung von Vertretern der Regierung, des Handels und der Industrie unter Vorstand des Gehüters des Finanzministers, G. F. Weber, in der Frage der Aushebung der finnischen Föllgrenze stattfinden. Es wird versichert, daß auf dieser Versammlung die Entscheidung über den Entwurf der Vereinigung des Großfürstentums mit Russland fallen werde. Die Ausführung der Föllvereinigung sei bei der Regierung eine beschlossene Sache, jedoch seien noch einige Schwierigkeiten zu überwinden.

Bulgarien.

Regierungseinlichkeit der Bauernbündler. Sofia, 22. Dezember. Der Kongress der Bauernbündler wurde heute geschlossen, nachdem eine Resolution angenommen worden war, nach der der Regierung jede Unterstützung verweigert und dem Bauernbund untersagt wird, über eine Teilnahme an der Regierung irgendwie zu verhandeln. Die Regierung hofft trotzdem, daß ein Teil der Opposition für die Bildung einer Arbeitsmehrheit in der Sowjetje zu gewinnen sein wird, damit wenigstens das Budget und die wichtigen Vorslagen erledigt werden können.

Die Meinung über Russland. Sofia, 22. Dezember. Die Niederlage der russischen Politik in Konstantinopel wird hier als russische Ohnmacht vor Deutschland gedeutet. Es beginnt eine neue Propaganda gegen Russland, dessen Sicherungen in Bezug auf Bulgarien als unaufdringlich hingestellt werden. Man erklärt, daß die Tripelallianz unhalbar geworden sei und ihrem Jetzfall entgegengehe.

Serbien.

Ein offizieller Vorschlag zur Lösung der Orientbahnenfrage. Belgrad, 22. Dezember. Die offizielle „Samouprava“ schreibt in einem Leitartikel über die Frage der Orientbahnen: Die beste und dauerhafteste Lösung würde sein, wenn Serbien auf Grund einer schiedsrichtlichen Schiedsgerichts-Kommission in Paris oder des Haager Schiedsgerichts die Eisenbahnen zurückkaufe. Diese Lösung würde die größte Garantie für die Freiheit des internationalen Verkehrs bieten.

Albanien.

Der zulässige „König“ von Albanien. Budapest, 20. Dezember. Aus Monastir wird dem Budapester „Hirlap“ telegraphiert, daß Prinz zu Wied auf Verlangen der Dreikönigsmächte den Titel eines Königs von Albanien führen werde, und zwar deshalb, weil Montenegro, welches viel kleiner sei, auch ein Königreich sei. Die Regierung des Königs werde vorläufig Valona sein. — Wie die „R. P. R.“ aus diplomatischen Kreisen hört, beabsichtigt die albanische Abordnung, die dem Prinzen zu Wied die Krone von Albanien anbieten soll, nach zu diesem Zweck noch neuwied zu begeben, wo der Prinz bei seinen Verwandten das Weihnachts- und Neujahrsfest zu verbringen gedenkt.

Luftfahrt.

Ein neuer Dreißigballon-Weltrekord. Berlin, 22. Dez. Der „Berliner Volkszeitung“ meldet: Der Ballon „Duisburg“, der am Samstag in Bitterfeld aufgestiegen war, ist

bei Bern in Aschland gelandet. Er blieb 87 Stunden in der Luft und legte 2800 Kilometer zurück und schlug somit den von dem Franzosen Bienaimé mit 2400 Kilometern gehaltenen Weltrekord.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Großherzogin Adelheid von Luxemburg, Herzogin von Nassau, feiert nächsten Donnerstag ihren 80. Geburtstag. Großherzog Friedrich von Hessen und seine Gemahlin, Großherzogin Hilda, die Tochter der Jubilarin, werden zu einem mehrjährigen Besuch in Luxemburg erwartet.

Wegen des Weihnachtsfestes wird die Geschäftsstelle des "Wiesbadener Tagblatts", Langgasse 21, und die Zweigstelle Bismarckring 29 morgen Mittwoch bereits um 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Effektive Weihnachtsdecorationen. Zum modernen Geschäftsebenen bildet die Ausstattung, den jeweiligen Zeitverhältnissen angepaßt, einen nicht unwesentlichen Teil der Anziehungskraft auf das Publikum. Und in diesen Tagen, wo der Weihnachtsbaum das Symbol des bevorstehenden Festes bedeutet, flimmert's und leuchtet's aus allen Ecken. Wo irgend angängig, ist man bemüht, der Dekoration durch Tannengrün und Baumbehang eine besonders wirkungsvolle Rolle zu geben. Besondere Anstrengungen machen auf diesem Gebiet die großen Restaurationslokale und Etablissements, deren vornehmste Ausstattung in diesen Tagen erst durch die weihnachtliche Ausschmückung besondere Anziehungskraft erhält. Je größer und umfangreicher, desto wirkungsvoller ist hier die Dekoration. Wir bestaunen alljährlich den riesigen Weihnachtsbaum im Hauptbahnhofs-Restaurant und die nicht weniger hohe und eindeutig geschmückte Tanne im Vestibül des Kurhauses. Die einzelnen Lokale bemühen sich, durch originelle Aufmachung für sich zu wirken. So entstand im Ballhaus-Restaurant ein Winterbild „In Schnee und Eis“. Besonders imposant und eindrucksvoll ist diesmal die Weihnachtsdekoration im Hansa-Hotel-Restaurant. Hier erhebt sich inmitten einer vollständig durchgeföhrten Festausstattung eine riesige „Alpenlandschaft“, die bis in die kleinsten Einzelheiten naturgetreu durchgeführt ist und durch überzeugende Beleuchtungseffekte einen wirkungsvollen Eindruck vermittelnt.

Die Gasautomatenanlagen erfreuen sich hier großer Beliebtheit. Das Gaswerk stellt bekanntlich die Anlagen mit Gasbrenner und Beleuchtungslampen nicht allein unentbehrlich her, sondern gibt auch das Gas in Kleinwohnungen bis zu einem Mietwert von 500 M. zu dem normalen Preis ab. Wie sehr von dieser sozialen Einrichtung Gebrauch gemacht wird, ergibt sich daraus, daß die Zahl der im Betrieb befindlichen Anlagen innerhalb weniger Jahre auf über 8000 Stück gewachsen ist. Jetzt erfreut die Gasverwaltung ihre Automatengasabnehmer noch mit der Mitteilung, daß sie Bügeleisenerhitzer in Form von Brennraußen für die bereits gelieferten Gaslocher unentbehrlich leistweise zur Verfügung stellt.

Erfolg der Nassauischen Lebensversicherungsanstalt. Die Nassauische Lebensversicherungsanstalt (verwaltet durch die Direction der Nassauischen Landesbank) hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens (einen Monat) bereits Lebensversicherungsanträge über 1 Milliarde Mark Kapital zu verzeichnen, wohr der beste Beweis dafür, daß der Gebäude der gemeinnützigen öffentlichen Lebensversicherung in unserem einheimischen Regierungsbereich Wiesbaden überaus rasch an Boden gewinnt.

Gerichtliche Immobilien-Versteigerungen. Vor dem Königl. Amtsgericht daher standen gestern verschiedene Immobilien-Versteigerungstermine an, bei denen es sich handelte: 1. um das Wohnhaus mit Hausgarten Lessingstraße 12, 2 Ar 82 Quadratmeter, Feldgerichtstage aus dem Jahre 1908 105.000 M. Höchstbietende mit 1600 M. bat bei 50.000 M. Hypothekenübernahme blieb die Wiesbadener Bank S. V. E. L. feld u. Söhne, welche selbst Hypothekargläubiger für den Betrag von 60.000 M. war. Der Aufschlag ist ertheilt. — 2. Um das Wohnhaus Bleichstraße 26, 2 Ar 5 Quadratmeter mit 2366 M. Gebäudesteuer-Ruhungsvertrag. Die feldgerichtliche Taxe des Jahres 1909 belief sich auf 50.000 M., die des Jahres 1912 auf 60.000 M. und die Steuertaxe auf 80.000 M. Das höchste Gebot mit 12.000 M. bat legte ein der Kaufmann Rudolf Schäfer, Bleichstr. 20. Die Hypothekenübernahme beläuft sich dabei auf 55.000 M., die eigene Hypothek auf 5000 M. 30.000 M. Hypotheken fallen aus. Die Zuschlagserteilung erfolgte gleich im Termin. 3. Um das Wohnhaus mit Hofraum Herderstraße 3, 2 Ar 47 Quadratmeter groß, Feldgerichtstage des Jahres 1908 67.000 M. Schätzung der Steuerbehörde 70.000 M. Das Höchstgebot wurde von den Chefsleuten Tünkermeister Heinrich Schneider und Chefraum Suzanne, geb. Obi, mit 50.200 M. bat abgegeben. Die Zuschlagserteilung ist ausgekehlt.

Ein gemeiner Streich wurde in der vergangenen Nacht einem Automobilgaragenebetrieb in der Dohheimer Straße gespielt. Er fand heute morgen seine Fahrzeuge in einem schwer beschädigten Zustand vor. Die Bereifung war zerschnitten, die Radierung zerstoßen, die Fenster eingeschlagen und das Leder ebenfalls zerstoßen. Es handelt sich um einen Raubact. Den Täter ist man auf der Spur.

Brandenverschreibe. Wohl Staatsrat Kommerzienrat Alexander Stell aus St. Petersburg und General von Chamber aus London sind im „Hotel Nassauer Hof“ zu längerem Kuraufenthalt eingetroffen.

Kurbau. Die Eisbahn der Kurverwaltung auf der Blumenwiese ist seit einigen Tagen dem Schlittschuhläufe geöffnet. — Die 20 Freudenfeier, die gelegentlich des Weihnachtsfestes am Samstag diese Woche zur Auslösung gelangen, sind am 1. und 2. Weihnachtsfeiertage im kleinen Saal des Kurhauses abzuhalten. Dieses Jahr darf jeder Inhaber einer gezogenen Gewinnnummer sich selbst unter den 20 Gegenständen das ihm am meisten zusagende aussuchen.

Bismarcksäule. Nur die Bismarcksäule, welche auf der Pierplatte steht, wird errichtet werden soll, haben weiter gesetzt: 1. von ihren 52-jährigen Zeichnungen: Kaufmann Paul Hoeßner, in Firme Georg Hoffmann, 3 M. Optiker Dr. Peter Dr. iur. Fritz Berle 100 M. Justizrat Kullmann 20 M. Dr. Mertens 20 M. Dr. Müller 10 M. Regierungsrat Ulrich Reubank 10 M. Konfuzius Brügel 100 M. Buchhalter Fritz Wink 5 M. Regierungsrat Stödt aus Breslau 20 M. Heinrich Roemer (Buchhandlung) 5 M.; 2. als einzigen Beitrag: Reinhard Röder 20 M. Stadtberatermeister Alfred Schäfer 200 M. (zweite Zahlung), Germania-Brauereipflegschaft Wiesbaden, 200 M. Brüder Högl zu Geisenheim 20 M. Generaldirektor Berggrat o. D. Röder 200 M. Traugott Hennertreich 10 M. ferner 8. als erste Rate: Laz-
z-

bisber Hermann Broshues zu Wiesbaden - Niederwalluf 1000 M.

Notizen über Kunst und Vorträge.

Kurbau. Für das morgige Mittwochabendkonzert stattfindende Weihnachtskonzert hat Kurfürstemeister Ermer ein ansprechendes Programm aufgestellt. Bei aangekündigter Witte und Weihnachtsfeiertage Militär-Vronomade-Konzert an der Kurfürststraße statt. Das am gleichen Tage nachmittags angekündigte Sinfonie-Konzert leitet der städtische Musikdirektor Karl Schiricht. Dasselbe wird das Solostück des Autorendichters Franz Danneberg das Konzert in C-Dur für Flöte und Orchester von Mozart zu Gehör bringen. Außerdem gelangt noch zur Aufführung: Ouvertüre zu „Guillaume“ und zweite Sinfonie in D-Dur von Brahms. — Die Orgel-Matinée am 2. Weihnachtsfeiertage, vormittags 11½ Uhr wird von dem Organisten Friedrich Petersen und dem Baritonist Frederick Högaard aus Kopenhagen ausgeführt. In dem um 8 Uhr stattfindenden Richard-Wagner-Abend unter Leitung des städtischen Musikdirektors Karl Schiricht wird Konzertmeister Adolf Schiering das Preiststück aus „Die Meisteringer“ (Vorabgabe von Wilhelm) spielen.

Konzerte und Vorträge.

Konzert. Die hier bestens bekannte erblindete Sängerin Hildegard Dietrich aus Berlin veranstaltete gestern in der Lutherkirche ein Konzert das mit Beziehung auf das nahe Christfest nur Sehende weihnachtlichen Inhalts brachte. Die Sängerin entledigte sich ihrer Aufgabe wieder mit beeindruckender Routine: schien sie in der Art aus dem Weihnachtskonzert zum von Bach noch etwas unruhig in Katholikum und Ausdauer, so sang sie die Weihnachtslieder von Cornelius, Blumer, Becker und Berger mit anprechender Stimme, gut angelötet und warm empfunden. Für den auf dem Prog amma verzeichneten, aber durch Altersheit verhinderten Organisten der Kirche führte Herr Wilhelm Störppen die Orgelstimme aus und erwies sich als ein Organist von guter technischer Veranlagung. Den ersten Satz aus der D-Moll-Sonate von Rheinberger spielte er mit Bravour und Geschmac. Eine feinige berierte, intensiv empfundene Komposition (Adendstimmung) des bayerischen Tonkünstlers Philipp George verfehlte ihre Wirkung auf die Zuhörer nicht.

Am ve. folgenden Freitag schilderte Dr. Stalmann im zweiten seiner Vollsitztage über Napoleon des Diplomaten Glück und Ende. Im formvollendet und jährling überzeugender Weise wußt er nach wie nicht etwa verbliebene persönlich Herrschbegier den sonst so kühlen Rechenmeister in das Verderben gestürzt habe, sondern das Englands eine schwüle Weltmachstellung der Ecke war, an dem sein Glissowagen aufstellte mukte. Zusammenfassend hob der Redner zum Schluß hervor, welche bedeutsame Stellung Napoleon, von allem Feindlichen absehbar, in der Gesamtentwicklung der europäischen Geschichte einnimmt: sein rücksichtloses Zugreifen ließ die morschen überlebten Formen des politischen Daseins zusammenbrechen, unter deren Trümmer dann erst die Neubildung der europäischen Völker nach nationalen Gesichtspunkten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts vollziehen konnte; ohne Napoleon hätte Deutschland seit 1813 und wohl auch seit 1870 erlebt und so erscheint er in der Weltgeschichte als der Vater seines Staates die sie das Beste will und sieht das Gute schafft. Keiner Befall lohnte die außerordentlich gehaltvolle Darstellung. Der nächste Vollsitztag findet wegen der Kriegszeit erst am 9. Januar statt.

Nassauische Nachrichten.

Bedeutliche Anzeichen in der Möbelindustrie.

Wb. Höchst a. M., 21. Dezember. Sämtliche Möbelfabriken der Stadt, die in der Möbelindustrie Deutschlands einen gewichtigen Faktor bilden, haben seit letzten Samstag allgemein ihren Betrieb auf die Dauer von 14 Tagen eingeteilt. Der Grund zu dieser umfassenden Arbeitseinstellung ist schlechter Geschäftsgang. Die Arbeit soll nach den bisherigen Prognosen erst am 5. Januar wieder aufgenommen werden.

S. Marienberg, 21. Dezember. In verschiedenen Teilen des Westerwalds wurden in letzter Zeit verhältnismäßig viele tote Hasen aufgefunden. Wie eine an der Universität Bonn vergonomene Zoologische Untersuchung ergeben hat, ist unter den Hasen eine Darmseuche ausgetragen.

Gerichtsaal.

FC Stadtvorsteher und Polizeibeamte. Der sozialdemokratische Stadtvorsteher Kärtner Friedrich Höhler in Wiesbaden steht mit den Polizeibeamten des Bezirks Waldstraße nicht gerade gut. Dem Polizeifergeanten Schilz gegenüber soll er eines Tages dessen Kollegen Jedermann als Soldat bezeichnet und bei einer anderen Gelegenheit dem Jedermann persönlich gefragt haben, irgendein etwas ginge ihm einen Dred an. Im ersten Fall hielt das Wiesbadener Schöffengericht, vor dem sich Höhler wegen Beleidigung zu verantworten hatte, den Angeklagten auf Grund der alleinigen Aussage des Schilz für nicht überführt und sprach ihn frei; im zweiten Fall hielt es aber die Verächtlichmachung des Beamten für erwiesen und verurteilte R. dieserhalb zu 10 M. Geldstrafe.

wc. Schuh dem Armenpfleger. Bei zwei verschiedenen Gelegenheiten hat der 55 Jahre alte Kärtner Veder, ohne daß ihm direkt dazu irgend welche Veranlassung gegeben war, einem Armenpfleger Worte zugeworfen, welche ihn des intimen Verkehrs mit einer Frau bezichtigten. Das Schöffengericht, vor welches auf Grund einer Offizialklage B. gestellt war, nahm an, daß es sich um eine, wenn auch indirekt durch die Verabsaumung als Armenpfleger veranlaßte Beleidigung handle, und verurteilte ihn, indem es zugleich dem Beklagten Publicationsbefreiung zuwies, zu 1 Monat Gefängnis. Die Strafanzeigerin war ebenfalls der Meinung, daß der Armenpfleger, der in selbstloser Weise seines Amtes wahr und dessen Ehrenhaftigkeit Voraussetzung dabei sein müsse, des eifersüchtigsten Schuhes bedürfe und bestätigte daher auf die Verurteilung des Angeklagten die Strafe des ersten Richters.

wc. Ein gesäßlicher Hotelbier. Der Reisende Thilo Kört in Düsseldorf betreibt als Spezialität Hotelbiersäfte in der Art, daß er sich entweder abends in fremde Zimmer einschleicht und feiste, wenn sie im Schlaf liegen, um Geld oder Geldeswert erleichtert oder daß er sich einfach vom Hoteldiener ihr Gerät zum Bahnhof bringen läßt und damit abfährt. Weil er dorthin in Frankfurt, Mainz, Düsseldorf usw. gearbeitet hat, ist er zu 3 Jahren Justizhaus verurteilt worden. Die gleiche „Arbeit“ hier in Wiesbaden und in Kassel drohte ihm vor der hiesigen Strafammer 1 Jahr & Monate Justizhaus als Zusatzstrafe ein.

6. Ein Ausreißer. Mainz, 22. Dezember. Der Musketier Christ. Ph. Bauer 2. aus Wiesbaden von der 8. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 87 kann den Drang nicht widerstehen, immer wieder ohne Urlaub nach Wiesbaden zu gehen. Er bleibt dann immer einige Tage dort, bis er festgenommen und hierher gebracht wird. Er ist deshalb schon wiederholt wegen unerlaubter Entfernung bestraft worden. Am 23. November fuhr er Sonntagnachmittags noch Wiesbaden, am 26. November wurde er von

einem Schuhmann festgenommen. Der Anklagevertreter beantragte 5 Monate Gefängnis, das Kriegsgericht der 21. Division verurteilte ihn zu 4 Wochen strengen Arrests.

wb. Das Urteil in dem Gewerkschafts-Ganglita-Prozeß. Köln, 22. Dezember. Nach dreitägigen Verhandlungen fällte heute abend das Schöffengericht in der Privatbeleidigungs-klage der christlichen Gewerkschaftsführer gegen eine Anzahl Redakteure sozialdemokratischer Blätter das Urteil. Die Angeklagten wurden zu Geldstrafen von 5 bis 300 M. verurteilt. Außerdem wurde dem Privatkläger Steigerwald Publicationsbefreiung des Urteils in den verurteilten Zeitungen mit der Angabe der Gründe, die für das jeweilige Blatt zutreffen, zugesprochen.

wb. Der Prozeß des Millionen schwindlers Voghen. Berlin, 22. Dezember. In der Verhandlung gegen Voghen verfündete der Vorsitzende nach kurzer Beratung in Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt, man verzichte auf die Herausgabe der Briefe, die der Auskunft schimpfend über Voghen, da dieselben jetzt für die Untersuchung ohne Interesse seien.

wb. Der bestohlene Kaiser. Berlin, 23. Dezember. Diebstahl am Silbergeschirr des Kaisers lag einer Anklagesache zugrunde, die gestern die 5. Strafammer des Landgerichts I verhängte. Nach einem Armeejagdrennen, bei welchem der Kaiser anwesend war, fehlten von dem Gerät, das in dem Kaiserpalast aufgestellt gewesen war, goldene Löffel und Schalen. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von 2 Jahren, 6 Monaten und 3 Wochen.

Die Tragödie auf dem Schlosse des Grafen Mielzynski.

Das Untersuchungsverfahren.

*** Gräfs, 22. Dezember.** Die Untersuchung gegen den Grafen Mielzynski, der sich im Gräflichen Amtsgerichtsgefängnis befindet und auch vermutlich noch einige Zeit dort bleibt wird, wird zunächst wegen doppelten Totschlags geführt. Es bleibt noch abzuwarten, ob die Staatsanwaltschaft in Meisenheim nach Beendigung der umfangreichen Ermittlungen nicht doch noch Anklage wegen Mordes erheben wird. In den nächsten Tagen dürfte die Einlieferung des Beschuldigten in das Landgericht Meisenheim erfolgen. Ein Entlassungsantrag unter Anleitung einer Kavou ist vorläufig nicht beabsichtigt.

Die Aussagen des Grafen.

*** Gräfs, 22. Dezember.** Der Graf Matthias Mielzynski ist nach seiner Schreckenstat im Amtsgerichtsgefängnis nicht mehr zusammengebrochen, er bereitet vielmehr mit starker Gelassenheit seine Verteidigung vor. Der Graf hält mit Bedecktheit daran fest, daß er Schritte vernommen und zunächst an Einbrecher gedacht habe. Er habe daher aus dem Schrank ein Jagdgewehr und Patronen genommen und sei nach der Aktion gegangen, wo er der Grund des Geräusches vermutete. Es kam aus den zu ebener Erde gelegenen Gemächern der Gräfin. Der Graf sei, sagt er, zunächst in den Herrensalon und dann in den Damen-salon getreten. Dort habe er Stimmen gehört und Dinge vernommen, die ihm das Blut in die Schläfen traten und ihn völlig seiner Bestimmung beraubten. Der Graf erklärte weiter, daß er jahrelang Argwohn gegen die ehemalige Treue seiner Gattin und zuletzt gegen das Verhältnis mit ihrem Neffen gehabt habe. Da ihm jedoch unmittelbare Beweise fehlten, so hätte er sich nichts zurückgehalten. Nachdem er den Neffen jedoch im Schloßzimmer seiner Gattin überredet habe, sei es mit seiner Überlegung zu Ende gewesen.

Weitere Einzelheiten über die Tat.

Der Sonderberichterstatuer des „Berl. Tagebl.“ meldet u. a.: Der Chauffeur der Gräfin wurde noch gegen 2 Uhr nachts in den Salon der Gräfin befohlen und zu dieser Zeit jahnen die Gräfin, ihre Geiselschafterin und der junge Graf noch im Salon, unterhielten sich und rauchten Zigaretten plätschig gegen 4 Uhr morgens erlosch in sämtlichen Räumen des Schlosses das elektrische Licht. Kurz darauf öffnete sich die Tür zum Schlafzimmer der Gräfin, in dem sich der junge Graf und die Gräfin befanden. In der Tür des Schlaflandes eine Kerze erleuchteten Zimmers erschien Graf Mielzynski in Nachtkleidung, mit der Jagdflanze und einer elektrischen Taschenlampe in der Hand. Ohne ein Wort zu sagen, soll er das elektrische Licht wieder entzündet und die beiden tödlichen Schüsse abgegeben haben. Der erste Schuß traf die Gräfin, der zweite den jungen Grafen. Die Gräfin erhielt eine Schrotladung mittler in die Brust. Der junge Graf wurde am ganzen Oberkörper von Schrotflugeln getroffen. Durch die Schüsse wurden der Leibjäger des jungen Grafen und die Geiselschafterin der Gräfin aufmerksam gemacht. Graf Mielzynski ging auf dem Korridor vor dem Schlafzimmer seiner Frau auf und ab. Als der Leibjäger des jungen Grafen die Treppe herabstieß und den Schlossherrn auf dem Flur sah, soll ihm dieser entgegengerufen haben, sein Herr sei schon lange tot. Seit wurde das gesamte Dienstpersonal geweckt, und es versammelte sich auf dem unteren Korridor des Schlosses. Graf Mielzynski rief den Leuten zu: „Geht doch hinein und rettet den Sünder ihrer Seele! Auß doch der Priester für die Gräfin!“ Er soll dann an das Dienstpersonal eine Ansprache gehalten haben, in der er erklärte, daß er seine Frau und den Grafen Mielzynski erschossen habe, weil er ihn in den Zimmern seiner Frau erwischt habe. Unterdessen bemühten sich mehrere Bedienstete um die Gräfin. Man legte die Gräfin auf ihr Bett und rief einen Arzt herbei. Die Gräfin war nur mit einem Nachtkleide bekleidet; ihre Füße waren nackt. Der junge Graf war vollständig angekleidet, nur hatte er keine Stock an; diese standen in einer Ecke des Zimmers. Der erstickte Graf Mielzynski hat zuerst im Ausland beim Militär gedient und trat dann bei einem sächsischen Garderegiment in Dresden ein. Er war seit ungefähr einem Jahr in der Provinz Sachsen ansässig.

Neues aus aller Welt.

Ein Erdbeben bei Wattenscheid. Wattenscheid, 23. Dezember. In der Umgebung von Wattenscheid wurde gestern ein kurzes wellenförderndes Erdbeben verspürt. In den Häusern wurden zahlreiche Gegenstände umgeworfen.

Eine große Feuerbrunst in Georgetown. Georgetown (British Guiana), 22. Dezember. Ein Feuer, das durch eine Explosion entstanden war, hat sechs Häuserblocks zerstört und in dem Gebäude der Temeraire-Ge-

gesellschaft einen Schaden von 400 000 Dollar angerichtet. 8000 Tonnen sind vernichtet worden. Der Schaden ist bei Vlogds versichert. Es steht noch nicht fest, ob bei dem Feuer jemand umgekommen ist.

Explosion in einem Kino. Budapest. In einem Kino in Rangzova ereignete sich eine Explosion. Ein Lehrling erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß er starb. 6 Personen wurden schwer, 7 leichter verletzt.

Letzte Drahtberichte.

Zur Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten

Berlin, 23. Dezember. (Eigener Bericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Die Erklärung des Polizeipräsidenten v. Jagow in der "Kreuzzeitung" hat in der Berliner Presse außerordentliches Aufsehen erregt. Die liberalen Zeitungen verurteilen Herrn v. Jagow wegen des Ungehörigen, das in der Veröffentlichung seiner Ansicht liegt. Sie nennen das eine Aufführung der Exekutive gegen die Justiz. Auch der bekannte Berliner Staatsrechtler an der Universität Prof. Anschütz erklärt im "Berl. Volksblatt", es sei völlig ausgeschlossen, daß die Berufungsinstanz sich das vom Polizeipräsidenten angezogene preußische Gefecht vom 13. Februar 1854 zu eignen machen könne, denn preußische Militärgezege haben für Elsaß-Lothringen keine Geltung. Aber es handelt sich überhaupt nur darum, ob die der Staatshoheit geogenen Grenzen überschritten sind oder nicht, und es war Sache des Richters, zu prüfen, ob der Offizier sich in diesen Grenzen gehalten hat oder nicht. Damit ist der Gedanke der Staatshoheit selbst in keiner Weise angetastet und der Oberst des 99. Infanterie-Regiments hat offensichtlich die Grenzen der Staatshoheit überschritten, als er die Bürger von Zabern in den Baudurenkeller einsperren ließ.

Berechtigte Besprechung im Reichslande.

□ Straßburg, 23. Dezember. (Eigener Bericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Das Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten gegen das Straßburger Kriegsgerichtsurteil hat aufs äußerste bestimmt. Die der Regierung nahestehende "Straßburger Post" wendet sich mit aller Schärfe gegen den Herrn v. Jagow. Es sei geradezu unerhört, daß er von Elsaß-Lothringen gesprochen habe, als sei das fast in Feindesland. Diese Behauptung müsse energisch zurückgewiesen werden.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Wenn auch in der drückenden Geschäftsstille eine Veränderung nicht eingetreten ist, so hatte die Börse doch heute einen festen Anstrich und zum Teil waren die leichten Kursbesserungen, die sich am Montanmarkt ergaben, die Folge von weiteren Besserungen der Preise für Stabeisen, worüber diesbezügliche Meldungen aus Süd- und Westdeutschland verlagen. Auch sonst waren leichte Besserungen in der Mehrzahl, doch sind aus der allgemeinen Geschäftsstille nur wenige Werte hervorzuheben, in denen bei bemerkenswerten Kursveränderungen größere Umsätze stattfanden. Schauungsbahnen wurden zu anziehenden Kursen, ca. 3 Proz., in größeren Summen aus dem Markt genommen auf den weiteren Ausbau des norddeutschen Bahnnetzes, da man hiervon günstige Rückwirkungen auf den Verkehr der Schauungsbahnen erwartet. Prinz-Heinrich-Bahnen wurden auf den ungünstigen Dekadeausweis stärker realisiert und verloren 1½ Proz. In Naphthal-Nobel waren stärkere Abgaben, angeblich auf Rechnung der Petersburger Spekulation, zu bemerken, die einen Rückgang von ca. 5 Proz. zur Folge hatten. Für türkische Tabakaktien erhöhte sich das Interesse zu leicht anziehenden Kursen. Dagegen wurden Orientbahnen realisiert. Später zeigte sich hauptsächlich für Schifffahrts- und Montanwerte etwas mehr Kauflust, wodurch die ausschlaggebenden Werte ihren Kursstand mäßig zu erhöhen vermochten. Auch für Kanada belebte sich das Interesse etwas bei gebesserten Kursen. Tägliches Geld 3½ Proz. und darüber. Ultumgold 6½ Proz. An der Seehandlung sind die Sätze unverändert. Privatdiskont 4½ Proz. (gestern 4½ bzw. 4¾ Proz.).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Die Börse zeigte auch heute im ruhigen Aussehen. Die Beteiligung des Publikums am Börsengeschäft ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der Rückgang der Kanada-Aktien ging eindrucksvoll vorüber, der ja, wie bekannt, nicht nur der Londoner, sondern auch der Berliner und Frankfurter Markt abgabestrig ist. Die mexikanische Frage übt auch heute wieder Einfluß auf die Tendenz aus. Die Tendenz war still, aber gut behauptet. Am Markt für Transportwerte sind die Umsätze sehr bescheiden. Schauungsbahn auf den vorläufigen Abschluß mit China fest. In den Aktien der Schiffspapiere sind Norddeutscher Lloyd und Paketfahrt behauptet. Elektrizitätsaktien ruhig und ziemlich preishaltend. Banken weisen nur geringe Veränderungen auf. Auf dem Gebiete des Montanmarktes ist die Haltung mit wenig Ausnahmen ziemlich fest. Phoenix-Bergbau und Bochumer mäßig anziehend. Am Kassaparkt für Dividendenwerte war die Haltung ruhig. Mit Ausnahme von Schauungsbahn, welche 2 Proz. gestiegen waren, blieb der Verkehr im weiteren Verlauf still. Die Börse schloß bei beibehalteter Tendenz. Privatdiskont 4½ Proz. (gestern 4½ bzw. 4¾ Proz.).

Über das Wirtschaftsjahr 1913.

Berlin, 22. Dezember. In dem Rückblick auf das Jahr 1913 der Altesten der Berliner Kaufmannschaft heißt es: Die Lage von Handel und Industrie am Schluss des Jahres ist für die Mehrzahl der Geschäftszweige kein günstiger. Indessen schafft die gute Ernte zweier Jahre eine gesunde Grundlage für die Überwindung der ungünstigen Konjunktur. Die Zustände auf dem Baumarkt bezeichnen der Bericht namentlich infolge der teuren Hypotheken als krisenhaft. Mindestsichere Hypotheken waren unter 4½ Proz. nicht unterzubringen, meistens waren die Zinsen höher. Es heißt u. a. darüber in dem Bericht:

"Zwei Hypotheken waren nur ausnahmsweise unterzubringen, weil im Berichtsjahr in steigendem Maße die Ge-

Nur geringe Friedensausichten im Arztreitstreit?

Berlin, 23. Dezember. (Eigener Bericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Das "B. T." erfährt von einem Teilnehmer an der gestrigen Ausgleichskonferenz zwischen den Arztreitvertretern und der Regierung, daß die Aussichten für einen Friedensschluß nicht sehr groß seien. Die größte Schwierigkeit mache die Lösung des Konfliktes in den Städten, in denen es den Kassen gelungen war, arbeitswillige Ärzte (Streikbrecher) anzuwerben. Man weiß nicht recht, wie es an diesen Orten zu einer Einigung kommen soll, obwohl die Zahl jener arbeitswilligen Ärzte gering ist.

Japan und Mexiko.

* Paris, 23. Dezember. Dem "Matin" wird aus Tokio gemeldet, daß Japaner und Mexikaner fraternisieren. Kürzlich weilte eine mexikanische Militärmmission in Japan, die eine große Menge Gewehre kaufte. Ferner weilte ein besonderer Gesandter der mexikanischen Regierung, della Barra, in Japan, der den Japanern den Dank für die Teilnahme an der Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Meritos abstattete. Der öffentliche Empfang, der ihm zuteil wurde, überschritt die bei solchen Gelegenheiten übliche Form. Presse und Volk sind außer sich vor Freude und man kann herausfühlen, daß ihre Freunde eine gewisse Spur gegen die Vereinigten Staaten hat.

Explosion im russischen Hofzuge.

* Rostos, 23. Dezember. In dem russischen Hofzuge, der auf den hiesigen Hauptbahnhof bereit gehalten wurde, um die Kaiserin-Witwe, die aus Kopenhagen zurückkehrte, nach Petersburg zu bringen, erfolgte gestern Nachmittag in der Bahn-Motoranlage eine heftige Explosion. Diese ereignete sich nachmittags um 2 Uhr 30 Min. Einige Zugbeamte waren damit beschäftigt, Kohlenkübel zur Erzeugung des Drudes in den Behälter für die Blaugasbeleuchtung zu pumpen. Da sie vermutlich nicht auf den Manometer achteten, entstand ein Überdruck und der Behälter explodierte. Zehn russische Beamte erlitten schwere Verletzungen. Alle Verletzten waren bewußtlos und wurden sofort in das Rostoder Krankenhaus gebracht. Der Zug fährt heute abend nach Barnemünde, um die Kaiserin-Witwe von Russland aufzunehmen.

Ein Grubenbrand in Russland.

wb. Wladivostok, 23. Dezember. Schon seit acht Tagen wütet ein Brand in den Steinkohlengruben von Argi. Der Besitzer vermutet Brandstiftung in einem ausgebildeten Schacht. Das Feuer geht jetzt auf die zur Bearbeitung vorbereiteten Schächte über. In den Gruben werden 200 Ar-

fahnen in die Erscheinung traten, die durch das geltende bürgerliche Recht und durch die Steuergesetzgebung diesen Entzugungen drohen. Die Nachteile, welche dem nachstehenden Hypothekglühiger daraus erwachsen, daß er nicht nur Zinsrückstände bis zu zwei Jahren bei der ersten Hypothek, sondern auch eine Abtreitung der Mieten aus seinem Pfandobjekt bis zu vier Quartalen gewährlichen kann, sind vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus allgemein als überaus schädlich erkannt worden. Die Regierung hat sich daher zum Eingreifen entschlossen, das Reichsjustizamt ist zurzeit mit einer Vorlage zur Änderung des bürgerlichen Rechtes beschäftigt, die diese Nachteile mildern soll. Dagegen sind noch immer keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die überspannte Belastung des Grundbesitzes mit Steuern und Abgaben eine Ermäßigung erfahren; denn der am 1. Juli in Fortfall gekommene Anteil des Reiches an der Werluwachstumssteuer hat bis jetzt nur eine ganz geringe Wirkung gehabt. Vor allem ist hier zu fordern, daß bei eintretenden Zwangsverkäufen der Hypothekengläubiger, welcher zur Rettung seines Geldes das Pfandgrundstück ersteilen muß, von der gegenwärtigen hohen Umsatzsteuer, die nicht vom Erstelungswert, sondern von dem befreit ist, festgesetzt und durchweg viel zu hoch geprägt ist. Der Wert gefordert wird, entweder gänzlich befreit oder darin erleichtert wird. Die Schwierigkeiten, welche der Unterbringung zweier Hypotheken entgegenstehen, und die natürlich den Wert der Hausgrundstücke auf das empfindlichste beeinträchtigen, haben mehrere Kommunalverwaltungen veranlaßt, Institute für zweite Hypotheken einzurichten oder durch Übernahme von Bürgschaften oder Darlehen (wie Berlin) zu unterstützen. Wir glauben nicht, daß die Einrichtungen, so wertvoll sie im Einzelfall sein mögen, von einschneidender Wirkung für eine Besserung der Verhältnisse sein werden. Diese ist erst zu erwarten, wenn eine gründliche Revision der überspannten Belastung des Hausgrundbesitzes erfolgt. Daß unter solchen Verhältnissen eine Belebung des brach dämmernden Terrain- und Baumarktes ausgeschlossen war, liegt auf der Hand. Das Dämmerliegen des Baumarktes hat auch die Arbeitslosigkeit stark vermehrt." Der deutsche Geldmarkt steht so gekrämpft da, daß alle pessimistischen Urteile des Auslandes über die Kreditverhältnisse Deutschlands unbegründet erscheinen.

Banken und Geldmarkt.

* Österreichisch-Ungarische Bank. In der gestrigen Generalratssitzung der Österreichisch-Ungarischen Bank wurde das Gesamtergebnis des Jahres auf 78,59 Millionen Kronen geschätzt. Das Reinergebnis beläuft sich auf 15,9 Mill. Kr. (+ 5,5 Mill. Kr.). Die Dividende ist auf 128,50 Kronen gleich 9,178 Proz. (d. V. 120 Kronen gleich 8,57 Proz.) zu schätzen. Der Gewinnanteil der beiden Regierungen beträgt 22,1 Kronen gegen 18,28 Millionen Kronen.

Berg- und Hüttenwesen.

* Beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat haben die Absatzverhältnisse sich im laufenden Monat weiter verschlechtert; es ist deshalb, wie die Berliner Handelsgesellschaft in ihrem diesmaligen Wochbericht ausführt, nicht unmöglich, daß im Januar eine weitere Einschränkung der Produktion sowohl für Kohlen wie für Koks vorgenommen werden muß. — Die für den Monat Dezember 1913 vom Syndikat beschlossene Produktionseinschränkung beträgt für Kohlen 15 Proz. und für Koks 45 Proz.

* Aus dem Roheisenverband. Aus Bochum wird berichtet: Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation verkauft seine Roheisenquote von 50 000 Tonnen an die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, die aber vom 1. Januar 1914 ab auf diese Beteiligung verzichtet. Dagegen ist "Gelsenkirchen" für 1916 und 1917 eine Zusatzbeteiligung von 35 000 Tonnen beim Roheisenverband zugestanden worden.

* Die Vereinigten Deutschen Zinkblechwalzwerke werden, wie aus Oberhausen berichtet wird, infolge der Erholung der Rohzinkpreise demnächst eine Preiserhöhung für Zinkblech um etwa 2 M. für den Doppelzentner vornehmen.

weiter beschäftigt. Bei dem Ausbruch des Feuers befanden sich noch 50 Personen darin. Hohe Feuerstufen steigen aus dem Schacht empor.

Schiffsunfälle.

wb. Southampton, 23. Dezember. Im hiesigen Hafen stieß gestern der Dampfer "Lidmore" gegen zwei nebeneinanderliegende Barten, von denen die hintere umschlug. Diese hatte sieben Personen an Bord, von denen nur drei gerettet werden konnten. Die übrigen vier, darunter der Führer der Barke, ertranken. Die Barke ist gesunken.

wb. Liverpool, 23. Dezember. Der hiesige Dampfer "Città di Agra" ist östlich von Berlin aufgefahren. Man befürchtet, daß er verloren ist.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

23. Dezember, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark
7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm

Beobachtungsstationen	Barom.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur	Beobachtungsstationen	Barom.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur
Worms	798,0	SW 5	Regen	+ 5	Scilly	797,9	Ø 4	bedeckt	+ 10		
Hamburg	798,2	SW 4	>	+ 2	Aberdeen	798,0	W 1	heiter	+ 4		
Gymnich	798,4	SW 2	bedeckt	+ 1	Paris	798,5	Ø 5	bedeckt	+ 5		
Anholt	798,4	SO 2	Dunst	+ 1	Vlissingen	798,0	SW 4	Dunst	+ 2		
Hannover	798,4	W 3	Regen	+ 1	Christiania	798,0	Ø 3	bedeckt	+ 1		
Berlin	798,6	SW 3	bedeckt	+ 1	St. Petersburg	798,0	W 4	Dunst	+ 6		
Dresden	798,6	NW 3	wolkig	+ 1	Kopenhagen	798,0	Ø 5	bedeckt	+ 6		
Bremen	798,6	SW 2	bedeckt	+ 1	Stockholm	798,4	NW 2	bedeckt	+ 5		
Metz	798,6	SSO 2	wolkig	+ 1	Helsingfors	798,3	N 2	wolkig	+ 15		
Frankfurt, M.	798,8	SW 2	Dunst	- 4	Petersburg	798,1	NW 1	Schne	+ 10		
Karlsruhe, B.	798,8	SW 1	Regen	- 5	Warschau	798,1	W 3	bedeckt	+ 4		
München	798,8	SW 1	wolkig	- 5	Rom	798,1	Ø 4	halbdunkel	+ 4		
Jugoslawien	798,8	NW 5	heiter	- 5	Florenz	798,8	S 2	wolkig	+ 1		
Valencia	798,8	NO 1	wolkig	+ 2	Sydney	798,4	NO 1	Schnee	- 3		

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nat. Vereins für Naturkunde.

22. Dezember.	7 Uhr	2 Uhr	9 Uhr	Mitt. st.
Barometer auf 0° und Normal schwarz	794,5	791,1	787,7	761,5
Barometer auf dem Messerspiegel	794,8	771,9	769,5	772,1
Thermometer (Celsius)	- 62	10	- 5	- 1,0
Dunstspannung (mm)	41	40	37	3,8</

